

# Buchhinder-Zeitung

Organ des Verbandes

der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie  
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

**Ersteinst Sonnabends.**  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal exkl. Postgebühren.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Geußlestraße 30, Stuttgart.

**Inserate**  
pro 3spaltige Zeile 20 Pf.,  
für Werbandsangehörige 10 Pf.  
Privatangelegenheiten ist der Betrag im  
Briefmarken belaufen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

№ 18.

Stuttgart, den 6. Mai 1899.

15. Jahrgang

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Den Mitgliedern zur Kenntnissnahme, daß zum dritten Gewerkschaftskongress, welcher am 8. Mai in Bockenheim bei Frankfurt a. M. seinen Anfang nimmt, für unseren Verband delegiert sind die Kollegen E. Brückner=Berlin, E. Roth=Leipzig und A. Dietrich=Stuttgart.

**Der Verbandsvorstand.**  
J. A. J. Dietrich.

## Die neueste Gewerbeordnungsnovelle.

Die vom Bundesrath angenommene und vom deutschen Reichstag an eine Kommission verwiesene neueste Gewerbeordnungsnovelle enthält ein seltsames Gemisch sozialpolitischer und bürokratisch-polizeilicher Vorschriften, deren erstere absolut unzureichend und deren letztere zum Mindesten bedenklich sind.

Die Vorlage erstrebt die Beseitigung verschiedener Mißstände in der gewerblichen Stellenvermittlung und Gesindevermietung, sowie in der Kleider- und Wäschekonfektion und einen sehr geringfügigen Schutz der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Ladengeschäften; sie greift also nur wenige der zahlreichen reformbedürftigen Punkte der Gewerbeordnung heraus und beschränkt sich, wie die früheren Novellen, auf das allernotwendigste Flückwerk, anstatt endlich einmal ganze Arbeit zu machen und eine einheitliche, modernen, sozialpolitischen Geist athmende Gewerbeordnung zu schaffen. Daß der neue, der Gewerbeordnung aufgeschickte, dreifach zusammengestückelte Lappen diese überflüssiger und vollständiger macht, läßt sich keineswegs behaupten.

Aber auch jede der einzelnen Reformen für sich allein qualifiziert sich als klägliches Stückwerk, und es gehört schon eine nationalliberale Reformbescheidenheit dazu, darin den Anfang einer neuen sozialpolitischen Ära zu erblicken. Im Gegenteil, die drei vorgeschlagenen Aenderungen sind ganz das Ergebnis des Posadowsky'schen Zwitterkurses, der noch von dem Nachlaß der Ära Bötticher=Berlepsch zehrt, aber damit nichts Anderes anzufangen weiß, als alles aufs Kläglichste zu verballhornistren und jeden ernstlichen Reformgedanken auszumerzen.

Schon der erste Abschnitt über die Stellenvermittlung zeigt dies in deutlicher Weise; man hat bei der Betrachtung der Bestimmungen zumeist das Gefühl, daß es sich hauptsächlich um einen Liebesdienst gegen die Agrarier handelt, die ja ihre Notwendigkeit auf das Unwesen der Gesindevermittlung abwälzen, anstatt sich selbst und ihre unwürdigen Hörigkeitsverhältnisse anzuklagen. Wir sind gewiß die Letzten, um die fattam bekanten Mißstände in der gewerblichen Stellen- und Gesindevermittlung abzulegen; die schamlose Ausbeutung namentlich des Gastwirths- und Landwirthschaftspersonals, der Kutscher, Diensthoten, Angestellten, sowie der Bühnemitglieder zc. sind oft genug der Öffentlichkeit unter-

breitet worden, und auf den Kongressen der Gastwirthschaftsangestellten bilden diese Mißstände einen ständigen Tagesordnungspunkt. Die Thatfache, daß sich die gewerblichen Stellenvermittler zu einem hohen Prozentsatz aus vorbestraften, moralisch minderwertigen Leuten rekrutiren, ist aus den 1895er Regierungserhebungen bestätigt worden und bildet gewissermaßen eine Erklärung für die vorbezeichneten Ausbeutungspraktiken.

Ob aber die im Entwurf (§ 34) vorgeschlagene Konzessionspflicht für gewerbliche Stellenvermittler und Gesindevermietter diesen Mißständen steuern und unzuverlässige Elemente von der Ausübung dieser Gewerbe fernhalten kann, dürfte nicht bloß zu bezweifeln (die Regierungsvorlage glaubt selber nicht daran!), sondern direkt zu verneinen sein. Schon jetzt haben die Behörden im § 35 der Gewerbeordnung eine Handhabe, unzuverlässigen Leuten den Gewerbebetrieb eines Stellenvermittlers oder Gesindevermietters zu verbieten, wenn bis jetzt auch statt der Konzessions- nur die Anmeldepflicht statuiert ist. Indeß ist es nicht bloß schwierig, einem Stellenvermittler auf Grund bestimmter Thatfachen das Handwert zu legen, weil die geschädigten und ausgesetzten Personen sich scheuen, ihre Erfahrungen preiszugeben, — sondern die Behörden haben auch nur sehr geringen Eifer in dieser Beziehung gezeigt und an dieser Situation würde die Konzessionspflicht an sich wenig ändern, da die Versagung der Konzession nur an thatfächliche Voraussetzungen in Bezug auf die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden, nicht aber an die Bedürfnisfrage gebunden sein soll. In den Großstädten und hinsichtlich der gewerblichen Stellenvermittlung würde also trotz der Konzessionspflicht nahezu alles beim Alten bleiben, — nur auf dem Lande haben es die Behörden in der Hand, durch skrupellose Vorenthaltung der Konzession sich der Gesindeagenten zu erwehren, und darauf läuft auch der Haupteffekt der ganzen Vorlage hinaus. Die Agrarier werden denjenigen Vermittlern, die ihnen ausländische Tagelöhner und Gesinde zuführen, keinerlei Schwierigkeiten bereiten, dagegen solchen Vermittlern, die die Sachsen- und Westengängerei begünstigen, einfach die Konzession bestreiten. Ob der weiter geforderte Ausgang der Gehülrentagen und ihre Einreichung bei der Behörde ausreicht, der schamlosen Auswucherung ein Ziel zu setzen, muß auch dahingestellt bleiben; die Nothlage der Arbeit-suchenden wird trotzdem ausgebeutet werden, sei es durch Annahme besonderer Gratifikationen oder auf sonst verschleierte Weise. Bleibt schließlich noch die Vorschrift übrig, daß die Zentralbehörde hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Stellenvermittler Vorschriften zu erlassen hat, bezw. daß die Landesregierungen dies auch im Gesezgebungswege thun können, so z. B. hinsichtlich eines Verbots der Verherbergung und Verköstigung Arbeit-suchender durch Stellenvermittler, Verbot der Forderung doppelter Gehühren von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Verbot der Verbindung kontraktbrüchiger Personen zc. Die letztere Möglichkeit wäre natürlich den Agrariern sehr erwünscht.

Wie gesagt, wir glauben nicht, daß der erwähnte Entwurf trotz seiner erheblichen Polizeivorschriften irgend etwas an den Mißständen ändern kann. Auf dem Gebiet der Stellenvermittlung kann nur dann eine gründliche Besserung erreicht werden, wenn die Gesezgebung und Verwaltung die unentgeltliche Arbeitsvermittlung auf jede mögliche Weise fördert, die Vermittlung für Gesinde und Hilfsarbeiter, sowie Landarbeiter durch öffentliche, kommunale und staatlich unterstützte Nachweise unter Vertretung der Arbeiter und Arbeitgeber in der Verwaltung die Vermittlung für gelernte Arbeiter aber durch Unterstützung der unentgeltlichen Nachweise der Arbeiterorganisationen, resp. derjenigen Nachweise, die von der Arbeiterschaft als maßgebend für sie anerkannt worden. Ist hierin alles Ausreichende geschehen und überall genügend für gute, unentgeltliche Arbeitsvermittlung Sorge getragen, dann gebe man den Gemeinden unter gewissen, nachzuweisenden Voraussetzungen das Recht, die private Stellenvermittlung gänzlich zu verbieten. Eine solche Reform, auf positiver Vorarbeit beruhend, wird die Mißstände des gewerblichen Stellenwuchers weit wirksamer bekämpfen, als polizeiliche Gesezparagrafen der im Entwurf vorgesehenen Art.

Wer die Bestimmungen des Entwurfs über den Konfektionsarbeiterschutz mit demjenigen Maß von Arbeiterschutz vergleicht, welcher den Konfektionsarbeitern vor einigen Jahren von Seiten gewisser bürgerlicher Parteien, z. B. von den Nationalliberalen angetragen wurde, der wird die ersteren noch mehr als dürftig finden. Vergebens suchen wir die Ausdehnung des Fabrikarbeiterschutzes, der jetzt nur noch in den Engrosbetrieben gilt, auf alle Werkstattbetriebe, vergebens eine Regelung der Hausindustrie und ausschließlichen Heimarbeit, vergebens sanitäre Vorschriften über die Werkstätten und Vieserräume, und nicht einmal der Krankenversicherungszwang ist auf die Heimarbeiter ausgebeutet. Die Vorlage bezweckt lediglich die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln bezw. Beseitigung des Mißstands, daß die Arbeiter über die Höhe der zu zahlenden Löhne im Unklaren gehalten und dann durch ungerechtfertigte Abzüge geschädigt werden, und eine Beschränkung der Mitgabe von Hausarbeit an solche Arbeiterinnen und Jugendlichen, deren Arbeitszeit durch die 1897er Konfektionsverordnung auf 11, bezw. 10 oder 6 Stunden beschränkt ist. Aber anstatt nun die Mitgabe von Hausarbeit an Werkstatt- und Fabrikarbeiterinnen gänzlich zu verbieten, wie selbst von den zahlreichsten Sozialpolitikern gefordert wurde, glaubt der Entwurf genug gethan zu haben, wenn er die Mitgabe von Hausarbeit nur insoweit zuläßt, als dadurch die gesetzlich beschränkte Arbeitszeit der Betreffenden nicht überschritten wird. Wer also Arbeiterinnen in der Werkstatt nur 10 Stunden beschäftigt, darf ihnen für je eine Stunde Hausarbeit mitgeben. Daß damit den Unternehmern bloß die Thürentür geöffnet wird, um dem Gesez ein Schnippchen zu schlagen, scheint Graf Posadowsky gänzlich zu übersehen. Und vergebens sucht man nach irgend einem Vorschlag, um die Innehaltung dieser höchst

zweifelhaften Vorschritt zu kontrollieren; kein Hausarbeitsverzeichnis wird den Unternehmern zur Auflage gemacht und keine berufliche Spezialinspektion (Arbeiterauschauß zc.) ist vorgesehen. Daß die Polizei oder gar die ohnehin überlastete Gewerbeinspektion hinter etwaige Gefährdungen kommt, kann höchstens durch Zufall geschehen. So steht der vielberufene Konfektionsarbeiterschutz aus, zu dessen Vorbereitung eine Welt des traurigsten Glends auf die Kasse geschleift und umfangreiche Erhebungen der Arbeiterorganisationen, Gewerbegerichte, Aufsichtsbeamten und der Reichskommission veranstaltet werden mußten! Kann man es den Konfektionsarbeitern noch verdenken, wenn sie jedes Vertrauen auf die Arbeiterschutzgesetzgebung verloren haben und jetzt nur noch bestrebt sind, im Wege des Lohnkampfs bessere Verhältnisse zu erringen? Nirgendes ist der Streit berechtigter als hier und Niemand hat zur Voraussetzung dieser Streiks mehr beigetragen und die verantwortliche Schuld auf sich geladen, als die Reichsregierung, die auf der einen Seite die Anreize zum Streik mit schwersten Strafen verfolgen will und doch andererseits den bedrängten Arbeitern auch nur das dürftigste Minimum an Arbeiterschutz vorenthält und damit ihre Ausbeutung besiegelt.

Nach dem Borerwähnten wird man nicht eben allzuviel Zutrauen zu dem dritten Theile des Entwurfs haben, der den Schutz der Ladenangestellten und Arbeiter behandelt. Und diese Ahnung ist vollauf gerechtfertigt, obwohl dieser Theil die noch verhältnismäßig beste Partie der ganzen Novelle ist. Der Entwurf bezweckt die Beschränkung der übermäßigen Arbeitszeit, die den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Ladengeschäften zugemuthet wird, und die nach den Reichserhebungen bei 22 Prozent der Geschäfte bis 13 Stunden, bei 17 Prozent bis 14 Stunden, bei 18 Prozent bis 15 Stunden, bei 21 Prozent bis 16 Stunden und bei 6 1/2 Prozent über 16 Stunden erreicht, also bei 84 1/2 Prozent aller Geschäfte 12 Stunden überschreitet. In den Kolonialwaarengeschäften dauerte sogar bei 84,4 Prozent die Ladenzeit über 14 Stunden und bei 63,9 Prozent über 15 Stunden. Dabei ist die Ladenzeit noch keineswegs mit der eigentlichen Arbeitszeit identisch; sie wird zwar für das gesammte Personal durch die Mittagspause verkürzt, aber Abends und Morgens vor und nach Ladenschluß durch die Abrechnungs-, Aufräumungs- und Ergänzungsarbeiten erheblich verlängert, welche Verlängerung namentlich die Lehrlinge, Hilfsarbeiter

und niederen Angestellten trifft. Und diese Zeit muß das Ladenpersonal in steter freundlicher Dienstbereitschaft, oft in angestrengtester Thätigkeit, vielfach ohne Sitz- und Ausruhegelegenheit zur Verfügung stehen, wodurch dieselben nicht bloß gesundheitlich, sondern auch in ihrem Bildungsbedürfnis, und, wie die Begründung des Entwurfs hervorhebt, in ihrem Familienleben geschädigt werden.

Man sollte meinen, daß die Erkenntnis dieser Uebelstände die Regierung zu entschiedenem Eingreifen veranlassen und diese nunmehr zu einer Einführung des vor vier Jahren von der reichsstatistischen Kommission empfohlenen Achtstundenschlusses gelangen werde. Aber davon will die Reichsregierung nichts wissen. Der Widerspruch, den dieser Vorschlag damals noch fand, genügt ihr, einer gründlichen Reform auszuweichen und dafür das zweifelhafte Postulat einer 10 stündigen Minimalruhezeit und innerhalb der Arbeitszeit eine mindestens einstündige Mittagspause vorzuschlagen, wonach also eine noch immer 13 stündige Arbeitszeit übrig bleibt. Wie da für hygienische Bedürfnisse, Bildung und Familienleben der Angestellten Gewähr geboten werden soll, wird allen Einsichtigen unerfindlich bleiben. Nun soll es aber bei dieser Arbeitszeit nicht einmal bewenden, sondern diese Minimalruhezeit darf noch durch zahlreiche Ausnahmen (die ja beim deutschen Arbeiterschutz nie fehlen dürfen) durchbrochen werden, so während der zwei letzten Wochen vor Weihnachten, ferner an zehn behördlich zu bestimmenden Tagen, für Inventuren und bei Arbeiten zur Verhütung des Verderbens von Waaren zc. zc. Die Mittagspause braucht dann, wenn der Unternehmer sein Personal selbst verköstigt, nur angemessen zu sein, wird also dort in das Belieben des Unternehmers gestellt.

Nun glaubte die Regierung allerdings, auf einen obligatorisch festzusetzenden Ladenschluß nicht gänzlich verzichten zu sollen, um so mehr, da auch zahlreiche Geschäftsinhaber sich offen für eine solche Reform ausgesprochen haben. Und so wird denn der vorn hinausgeworfene, gesetzlich-obligatorische Ladenschluß als fakultativ-behördlicher Ladenschluß durch eine Hintertür wieder hereingeschmuggelt, indem auf Antrag von mindestens zwei Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörde ermächtigt wird, für alle oder einzelne Geschäftszweige einen einheitlichen Ladenschluß in näher bestimmter Zeit zwischen 8 Uhr Abends und 7 Uhr Morgens anzuordnen (natürlich ebenfalls mit den unvermeidlichen Ausnahmen) und

für dieselbe Zeit den Handel im Umherziehen zu untersagen. Auf diese Art salvirt der „sozialpolitische“ Kurs Posadowskys sein unternehmerfreundliches Gewissen und überläßt es den beteiligten Unternehmern, sich für die Reform zu begeistern, und der Bureaucratie, mit den dahin gehenden Wünschen fertig zu werden, anstatt energisch den Kampf gegen laissser aller aufzunehmen und zielbewußt das Prinzip der allgemeinen sozialen Wohlfahrt zum Siege zu führen.

Daneben enthält der Entwurf noch eine Vollmacht für die Polizeibehörden, Vorschriften über die gesundheitliche Einrichtung der Geschäftsräume und erforderlichen Gerätschaften zu erlassen; ein gleiches Recht wird dem Bundesrath eingeräumt. Endlich sollen die Prinzipale verpflichtet werden, ihre Lehrlinge zum Besuch der Fortbildungs- und Fachschulen anzuhalten und diesen Schulbesuch zu überwachen.

Ohne die minimalen Vortheile, die der Entwurf enthält, zu verkennen, wird man dennoch in demselben niemals den Versuch einer ernsten und ehrlichen Sozialpolitik erblicken können und es wird der gründlichen kritischen und positiven Verbesserungsarbeit unserer Reichstagsvertreter bedürfen, um aus dieser Posadowskyschen Sozialreform überhaupt eine brauchbare Vervollkommnung des Arbeiterschutzes herauszugestalten.

**Unsere Stellungnahme zum dritten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands in Frankfurt a. M.**

C. G. In Anbetracht der großen Wichtigkeit, welche dem dritten deutschen Gewerkschaftskongreß aus sozialpolitischen und ganz besonders taktischen Gründen von Seiten der organisirten Arbeiter Deutschlands gegenwärtig beigegeben wird, ist eine kurzgebrängte Besprechung der auf diesem Kongreß zu behandelnden Tagesordnung und der daraus hervorgehenden taktischen Stellungnahme für uns Alle von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Zahlstelle Hamburg nahm deshalb auch schon frühzeitig Stellung zum Frankfurter Gewerkschaftskongreß. Genosse v. Elm, welcher bekanntlich der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands das größte Interesse entgegenbringt, machte anlässlich eines diesbezüglichen Referats auf die wichtigsten Punkte, welche auf dem Gewerkschaftskongreß zum Austrag gebracht werden müssen, aufmerksam. Das vorreffliche Referat, welches unter Anderem in Nr. 11 der „Buchbinder-Zeitung“ d. Z. von uns bekannt gegeben wurde, fand bei der zahlreich besuchten Mitgliederversammlung der Buchbinder Hamburgs ungetheilten Beifall. Neben

**Die Chinesen der Vereinigten Staaten Nordamerikas.**

Eine kurze Erörterung ihrer Existenzverhältnisse seit ihrem ersten Erscheinen in den Staaten; ihr Charakter, ihre Lebensgewohnheiten und die Zukunft der dort vorhandenen; der Schluß, welcher sich hieraus auf die Zukunft des Volkes des Reiches der blumigen Mitte ziehen läßt.

Von Wilhelm Benignus.

Der Zeitgeist ist in den letzten Jahrzehnten, begünstigt durch die unter den Völkern herrschende bewaffnete Ruhe, die selbst wieder eine Folge der Lehren des deutsch-französischen Krieges ist, gar mächtig vorgeschritten. Ländertheile, welche früher kein Europäer betreten konnte, ohne sein Leben zu wagen, sind uns jetzt bekannt und erschlossen. Auch China, das Reich der Mitte oder das Reich der Söhne des Himmels, wie sich die Chinesen heißen, mußte mit seiner Jahrtausende lang bewahrten Abgeschlossenheit brechen und den verhassten Fremden, die mit dem Rechte des Stärkeren vorbrangen, Eintritt in seine Grenzen gewähren und nicht nur das, sondern ihnen auch reiche Ländergebiete abtreten. Ein an Kopfszahl so großes Volk wie die Chinesen — China zählt 402 680 000 Einwohner — sollte, wie man annehmen mußte, in zorniger Erhebung durch bloße Ueberzahl den fremden Eindringling zu zermalmen im Stande sein. Der Einfluß einer entnervenden, jeden Fortschritt hemmenden, jeden aufkläreren Einfluß von Außen abschließenden, die Regierung in Sklavensesseln haltenden Religion hat jedoch seine politische und wirtschaftliche Kraft so geschwächt, daß es, im Bewußtsein seiner Schwäche und Ohnmacht, als verkümmertes Kind seiner eigenartigen Zivilisation,

sich nothgedrungen den kräftiger entwickelten Geschwistern unterordnen mußte.

Es ist selbstverständlich, daß diejenigen Mächte, welche an China grenzen und in Asien oder an Asien grenzenden Kolonialbesitz haben, zuerst festen Fuß in China faßten. Rußland, England, Frankreich, Japan kommen vor Allem hier in Betracht und jetzt auch Deutschland. Deutschland hat sich, um wenigstens einen Stützpunkt im asiatischen Festland zu haben, am 6. März 1898 von China das Schutzgebiet von Kiautschou zusagen lassen, als eine Art Schadenersatz für die Ermordung durch Eingeborene der Missionare P. Henle und Ries zu Li-ta-tschuang. Wie Blutegel, die ein Saugobjekt gefunden haben, wie ein Polype, der Füllung mit der Beute bekommen, hängen die Mächte an China, jede bestrebt und eifersüchtig, den sästereichsten Anteil sich zuzueignen. Die Zeit naht rasch, wo der europäische Polype tiefere Griffe in das Land machen und jeder einzelne seiner Schwungarme den ihm zugehörigen Theil des Fanges umklammert halten wird. Es fragt sich in diesem Falle, ob sich eine Abzweigung des Stromes der europäischen Auswanderer nach China wenden und eine Mächtigkeit erreichen wird, groß genug, um die eigenartige, in sich abgeschlossene, stehengebliebene, alte Zivilisation und auch Religion der Chinesen in eine europäische, fortschrittliche, neue zu verwandeln; es fragt sich, ob die chinesische neben der neuen weiterexistiren oder verschwinden wird. Der zweite dieser drei Fälle wird wohl der wahrscheinlichste sein. Den besten Aufschluß jedoch über diesen Punkt können wir aus dem Beispiel ziehen, welches uns die Chinesen in den Vereinigten Staaten Nordamerikas vor Augen führen, wo sie, allerdings

in der Minderheit, seit fünf Dekaden gemischt mit der kaukasischen Rasse zusammenleben.

Um eine Einsicht in die diesbezüglichen Verhältnisse zu erhalten, ist es nöthig, ihre Entwicklung vortien bis auf den heutigen Tag zu verfolgen. Gerade diesen Punkt hat Dr. Friedrich Ratzel in seinem Werke: „Politische Geographie der Vereinigten Staaten Nordamerikas“, so kurz, klar und bündig behandelt, daß sich wenig mehr hinzufügen läßt, und so sollen unter Anderem einige seiner Ansichten in Kurzem hier wiedergegeben sein.

Die Chinesen sind nicht, wie der Neger, ein in den Staaten gewaltsam eingeführtes, sondern ein freiwillig hinzugekommenes Produkt. Das Golderitement von 1848 brachte sie zuerst nach Kalifornien. Von hier aus verbreiteten sie sich in die Nachbarstaaten Oregon, Washington, Nevada, dann weiter nach Kolorado und dem fernem Osten, so daß sie jetzt überall, wenn auch häufig sehr vereinzelt, vorhanden sind. Hierbei haben wir, von 1848 bis auf den heutigen Tag gerechnet, folgende Kopfszahlen:

Jahr	Chinesen in den Vereinigten Staaten
1848	10 000
1852	20 000
1876	223 136
1880	105 000
1890	107 475
1899	250 000

Hierbei war die Einwanderung von 1852—1876 jährlich auf 4000—8000 Köpfe zu schätzen. Aus den gegebenen Zahlen läßt sich ersehen, daß 1887 die Einwanderung zurückging, was in der feindlichen Haltung der weißen Arbeiter seinen Grund hatte, sowie auch

zeichnete in scharfen Umrissen die allerwichtigsten Aufgaben, welche der Gewerkschaftskongress im Interesse der Allgemeinheit und der Gewerkschaftsbewegung im Besonderen lösen muß, wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung in Zukunft mit der ausländischen Gewerkschaftsbewegung Schritt halten will. Bekanntlich haben wir mit dem im Jahre 1896 in Berlin stattgefundenen zweiten deutschen Gewerkschaftskongress nicht gut abgeschnitten. Die Intoleranz und das theilweise noch sehr schwach entwickelte Solidaritätsgefühl einiger maßgebenden und tonangebenden Zentralverbände verhinderten damals einen festeren einheitlichen Zusammenschluß aller Gewerkschaften Deutschlands. Es ist deshalb erklärlich, wenn dem Frankfurter Kongress ein noch weit größeres Interesse entgegengebracht wird, als wie allen bisher vorausgegangenen Gewerkschaftskongressen. Es wird Manches nachzuholen sein, was in Berlin versäumt worden ist. So hätte z. B. der engere Zusammenschluß der deutschen Gewerkschaftsorganisationen zur rechten Zeit, wie dieser durch den Antrag Stuttgart: Gründung eines deutschen Gewerkschaftsbundes und einer allgemeinen Streik- und Reservekassette, beabsichtigt war, auf dem zweiten Berliner Gewerkschaftskongress unbedingt zum Austrag gebracht werden müssen. Es wäre uns Manches erspart geblieben, was uns heute auf den Nägeln brennt, wenn damals der Stuttgarter Antrag angenommen worden wäre. Unsere englischen Gewerkschaftsgenossen sind uns auch diesmal wieder vorangeht, indem sich sämtliche Gewerkschaftsorganisationen einheitlich zusammengeschlossen haben. In Anbetracht der zahlreichen Zentralverbände der Arbeitgeber, des großindustriellen Unternehmertums und der nicht zu unterschätzenden Zwangsinnungen, welche auf die weitere Entwicklung der Arbeiterorganisationen sämtlicher Berufe und Industrien einen gewissen Einfluß in rückwärts wirkendem Sinne ausüben werden, wird es diesmal mehr denn je unsere Aufgabe sein, der Koalition der organisierten Arbeiter Deutschlands im strengsten Sinne des Wortes mehr Nachdruck wie bisher zu verschaffen, d. h. die tatsächliche Koalition der deutschen Gewerkschaften zur Wahrheit zu machen. Es gilt mehr denn je, die Kraft der deutschen Arbeiterschaft zu stärken und dies vermögen wir nur durch einen engeren Zusammenschluß der Gewerkschaftsorganisationen zu ermöglichen.

Eng verbunden damit ist ein gemeinsamer Kampffonds, welcher der Gewerkschaftsbewegung eine achtunggebietende Stellung gegenüber dem Unternehmertum sichert. Ein großer Kampffonds wird die Streiks zum Mindesten rebuzieren, zum Theil ganz beseitigen, weil die von den Gewerkschaftsorganisationen eingesetzte Kommission leichter vermittelnd zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingreifen kann, andererseits weiß das Unternehmertum, daß es mit der Gesamtarbeiterschaft zu rechnen hat. Die Opfer, welche wir bei Gründung dieser Institution aufzubringen haben, sind keine allzu großen.

darin, daß die chinesische Regierung das Auswandern ihrer Unterthanen nicht begünstigte, die solches daher heimlich bewerkstelligen mußten.

Kommt man heutzutage nach den Vereinigten Staaten, so fallen einem, nächst den Negern, die Chinesen auf, denen man begegnet. New York und San Franzisko sind ihre Hauptstammelpunkte und jede dieser Städte hat ihr Chinesenviertel, wo die liberalen Gesetze der Union die Pöpselträger leben und weben, schalten und walten lassen, so frei wie in der Heimath. Offen und ungehindert berehnen sie ihre Götzen in den phantastisch ausgestatteten Zostempeln, mit Losbrennen prasselnden Feuerwerks feiern sie ihr Neujahr und ziehen mit ihrem riesigen, künstlichen Fabeldrachen in öffentlicher Prozession durch die Straßen San Franziskos.

Missionenverläufe (Ihre Religionen sind die des Konfuzius, des Buddhismus und Taoismus) schlagen bei ihnen wenig an.

Die meisten Chinesen machen ihr Fortkommen als Raubtyrannen oder Wäscher und Bügler, besonders in New York, wo ihre Chinesen Laundries oder chinesischen Wäschereien, die durch rotthe Vorhänge in den Fenstern und ebensolche Firmazettelchen von Weitem auffallen, über die ganze Stadt zahlreich zerstreut sich finden. Alle anderen Städte und Städtchen besitzen diese Laundries, welche sehr frequentirt werden, da der Chinese, den Wäschweibern Konkurrenz machend, in der Wäschbranche ein Meister ist. In ihren Vierteln arbeiten Viele als Zigarenmacher; in San Franzisko finden sie Stellung als Köche und Dienstmoten und in allen westlichen Staaten und Territorien sind sie als Erd- und Eisenbahnarbeiter, als Arbeiter in Kohlen- und Erzbergwerken, auch auf Fruchtfarmen beschäftigt. Auf der Linie der

Die beste Antwort auf den unerhörten Angriff, dem das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter ausgesetzt ist, ist der Zusammenschluß aller deutschen Gewerkschaftsorganisationen. Wird dem Koalitionsrecht seitens der Arbeiterorganisationen mehr Rechnung getragen wie bisher, indem wir uns zusammenschließen, so wird der Sturmhauf der Reaction auf daselbst kläglich scheitern.

Eine nicht minder wichtige Frage wird die zukünftige Institution der Arbeitsvermittlung sein. Grundsätzlich hat sich der zweite Berliner Gewerkschaftskongress gegen die kommunalen Arbeitsnachweise ausgesprochen; es ist Werth darauf gelegt worden, das bisherige System der selbständigen Arbeitsnachweise der Gewerkschaftsorganisationen beizubehalten, resp. besser auszubauen. Unter dessen haben sich aber die Dinge auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung sehr zu Ungunsten der Gewerkschaftsorganisationen entwickelt. Unsere selbständigen Arbeitsnachweise vermögen der modernen Arbeitsvermittlung der Kommunalverbände, resp. Nachweise und andererseits derjenigen der Industrieverbände und der Zwangsinnungen auf die Dauer nicht mehr Stand zu halten. Es muß also auch auf diesem Gebiet ein Weg gefunden werden, daß die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung und der Regelung des Arbeitsmarktes einheitlich zusammenwirken und etwas Positives schaffen, in welchem der modernen Arbeitsvermittlung Rechnung getragen wird.

Können wir uns einerseits mit den städtischen Arbeitsnachweisen nicht befreunden, welche bis jetzt übrigens nur im Süden Deutschlands eingeführt sind, so müssen wir wohl oder übel uns dazu aufraffen, selbst eine Arbeitsvermittlung zu schaffen, welche den modernen Anforderungen genügt und die bisherigen Schwächen und Unvollkommenheiten der kleinen selbständigen Arbeitsnachweise beseitigt. Diesem könnte dadurch Rechnung getragen werden, daß sich die Gewerkschaftskartelle dazu entschließen, einheitlich organisierte Arbeitsämter zu schaffen und unter ihrer Leitung und Kontrolle erhalten. Diese Institution wäre, wenn irgend möglich, mit den bestehenden Arbeiterssekretariaten zu verbinden und den hierzu nöthigen Beamten auf dem Wege des Umlageverfahrens prozentual auf gemeinsame Kosten der am Orte befindlichen Organisationen zu besolden. Diese Art freiwilliger Arbeitsämter dürfte dem selbständigen Charakter des gewerkschaftlichen Prinzips am meisten entsprechen und andererseits würden wir eine Institution schaffen, welche den modernen Zeitverhältnissen auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung im weitgehendsten Sinne des Wortes Rechnung tragen, resp. entsprechen dürfte. Heute vergeuden wir an allen Orten in circa 50 bis 60 Gewerkschaftsorganisationen eine Unsumme von Zeit und Geld und unsere Arbeitsnachweise werden trotz alledem und allen diesen Opfern den Mangel der Unvollkommenheit und der Parteilichkeit tragen. Wenn wir prinzipiell die pestartige Wucherung der Privat-

arbeitsnachweisvermittlung austrotten wollen, müssen wir prinzipiell dafür etwas Besseres und Zeitgemäßeres ins Leben zu rufen suchen und das ist die Schaffung „freiwilliger Arbeitsämter“ unter Kontrolle der Gewerkschaftskartelle. Diese Institution entspricht ihrem ganzen Charakter nach derjenigen der französischen Arbeitsämter und deren Arbeitsvermittlung und die deutschen Arbeitgeber werden sich an diese Arbeitsämter ebenso gewöhnen, wie sich die französischen Arbeitgeber an die bestehenden Arbeitsämter gewöhnt haben. Jetzt ist es noch Zeit, eine solche Institution zu schaffen, in späteren Jahren dürfte dies kaum noch möglich sein; denn andernfalls dürfte uns die Reichsregierung mit den in Aussicht stehenden Rentenstellen mit der Arbeitsvermittlung zuvorkommen oder aber die Arbeitsnachweise der Unternehmer werden uns in kurzer Zeit über den Kopf gewachsen sein. Dies beweist neuerdings die Preisgabe des selbständigen Arbeitsnachweises der Hamburger Steuer zu Gunsten der Hamburger Schifförheber. Es gilt also diesen Schlag zu pariren, so lange es noch Zeit ist.

Ein weiterer Streitpunkt inmitten der Gewerkschaftsorganisationen ist die Frage der Tarife und der Tarifgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe. Die Beschäftigung der beiden Strömungen innerhalb des Deutschen Buchdruckerverbandes, in welchem eine beträchtliche Minorität gegen die Tarifgemeinschaft gestimmt hatte, gab den Gewerkschaftsorganisationen vielfach Veranlassung, Unterbefehl hat sich aber bei Klärung dieser streitigen Frage allmähig erwiesen, daß das Wespenst der gefürchteten Tarifgemeinschaft thatsächlich gar nicht existirt. Freilich darf eine Tarifgemeinschaft nicht vorzeitig, auch nicht ohne Befragen der verwandten Berufe abgeschlossen werden, denn bei der heutigen modernen Produktionsweise, wo in den meisten Fällen bei Abschluß einer Tarifgemeinschaft nicht nur der in Frage kommende Berufszweig, sondern die ganze Industriebranche in Mitleidenchaft gezogen wird, muß der definitive Abschluß einer Tarifgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einer höheren Instanz oder allen in der jeweiligen Gruppe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, resp. deren Vertreter vorbehalten bleiben. Daß diese von uns vertretene Anschauung richtig ist, beweist das rücksichtslose Vorgehen der Buchdrucker, welche sich auf eigene Faust mit den Buchdruckerarbeitern auf eine Tarifgemeinschaft einließen, ohne ihre neben ihnen beschäftigten verwandten Berufsgenossen auch nur im Geringsten zu berücksichtigen. Ja, die Buchdrucker gingen sogar so weit, daß sie beim Abschluß ihrer Tarifgemeinschaft einen beträchtlichen Theil ihrer eigenen Berufsgenossen unberücksichtigt ließen oder doch deren Arbeitsverhältnisse in das Belieben der Arbeitgeber stellten, wie z. B. gegenüber den Maschinenmeistern und den in Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeitern und Ar-

Union Pacificbahn von Kolorado bis hin nach Sacramento in Kalifornien sind nur Chinesen als Bahnarbeiter angestellt, unter einem weißen Vormann, dem sogenannten Sektionsboß, stehen.

Der Chinese zieht es demnach vor, sich niederen Beschäftigungen nachzugehen, die seinem niederen Denken entsprechen, Arbeiten zu leisten, die Genügsamkeit erfordern und nebenbei auch Fleiß und Ausdauer. Diese sprichwörtliche Genügsamkeit der Reiskesser, in der sie den Italienern ähnlich sind, macht es ihnen möglich, billige Arbeit zu liefern und so den weißen Arbeiter zu unterbieten. Die Chinesen selbst haben keine Ahnung davon, daß sie hierdurch ein Unrecht gegen ihre Mitbewerber begehen. Natürlich für den Großindustriellen, für den Unternehmer von Eisenbahnen, Wegen, Dammbauten, Entwässerungsarbeiten u. s. w. waren und sind sie im Allgemeinen stets willkommen, die weiße Arbeiterbevölkerung dagegen hat ihnen diese Unterbietung der Arbeitslöhne mit Haß vergolten und mancher »chink, chink, chinaman«, wie der Chinese im Spott genannt wird, hat oft ungedröhter Weise hierfür geblüht. Neben dem auch sind es die eigenartigen schmutzigen Lebensgewohnheiten, das Gesundheitsgefährliche ihrer Art, in ihren unreinlichen Vierteln zusammengepfercht zu wohnen, nebst den Lastern des Opiumrauchens, der Spielsucht und sittlichen Verkommenheit, welche die besseren Stände der Weißen gegen sie aufbrachte und aufbringt und welche den Staat schon seit Jahren zurick Zwangsgesetze gegen ihre Einwanderung aufstellen ließ. Es lag die Gefahr nahe, daß wenn eine Massenemwanderung der Chinesen die Staaten überschwemmte, dieselbe ihren Einfluß auf die Entwicklung der Staaten auf hemmende Weise geltend machen würde, denn sicher

ist es, daß sich der von seiner Ueberlegenheit überzeugte Chinese nur der Uebermacht unterordnet.

Mit seinen fremden, eigenartigen Gewohnheiten und Anschauungen, seiner niederen, untergeordneten Kultur, seiner zur Stagnation führenden Abgeschlossenheit steht der Chinese den politischen Einrichtungen der Vereinigten Staaten fremd gegenüber und sein niederes Denken erweckt in ihm keinen Wunsch nach politischer Wirksamkeit.

Da es sicher ist, sagt weiter Dr. Kugel, daß ihre Selbstabschließung sie zur Inferiorität verurtheilt, so rebuzirt sich die Chinesenfrage in den Vereinigten Staaten auf eine Zahl- und Massenfrage, und da die Einwanderung der Chinesen nicht erwünscht sein kann, hat die Regierung dafür gesorgt, ihre Zahl nicht höher anschwellen zu lassen und wenn möglich zu rebuzieren. Nach dem auf Chineseneinwanderung bezüglichen Gesetz dürfen nur noch wohlhabende chinesische Kaufleute, sowie Künstler die Vereinigten Staaten betreten; Arbeiter und Chinesen mit niederen Beschäftigungen sind ausgeschlossen; die im Lande Vorhandenen müssen ihr Bürgerrecht besitzen, stets ein Certificat ihrer Wohnberechtigung mit sich führen und außerdem der Behörde eine Biographie der eigenen Persönlichkeit einreichen, um im Nothfall identifizirt werden zu können. Jeden Chinesen, welcher den aufgestellten Bedingungen nicht gerecht wird, sendet der Staat nach China zurück, oft mit bedeutenden Unkosten (300 bis 600 Dollars pro Chinese). Hiergegen können Chinesen als Kontraktarbeiter oder anders unter geeigneter Kontrolle durch das Land reisen, wie kürzlich im Februar dieses Jahres ein ganzer Eisenbahnzug mit ihnen, 250 an der Zahl, unter Kontraktverbündung von Vancouver aus über Albany und New York nach Mexiko befördert wurde,

beiterinnen. So weit und so einseitig darf freilich eine Tarifgemeinschaft nicht abgeschlossen werden. Auch hat die Zeit unterdessen gelehrt, daß eine Tarifgemeinschaft die Dauer von zwei Jahren nicht übersteigen darf, wenn die dabei in Betracht kommende Organisation resp. deren Beruf die gute Zeit der Prosperität oder der besseren Konjunktur nicht nutzlos an sich vorüberziehen lassen will. Gerade die im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten ohne Ausnahme in allen in Betracht kommenden graphischen Berufen sehr unter der von den Buchdruckern einseitig abgeschlossenen Tarifgemeinschaft zu leiden, ganz besonders aber in Bezug auf die Dauer der Arbeitszeit und der Pausen und des Lohnverhältnisses der in Buchdruckereien beschäftigten weiblichen Arbeiter, welche in keiner Weise berücksichtigt waren. Eben durch diese angeführten Fehler, welche beim Abschluß der Tarifgemeinschaft von Seiten der Buchdrucker gemacht wurden, besteht heute sogar in verschiedenen großen Druckereien das Zwitterverhältnis einer verschiedenen Arbeitszeit der in den Buchdruckereien beschäftigten verwandten Berufe. Die Tarifgemeinschaft ist also an und für sich prinzipiell nicht zu verwerfen, jedoch ist dieselbe nur unter Vorbehalt der in Betracht kommenden Berufe und der in letzteren in Betracht kommenden Interessensphären abzuschließen.

In diesem Sinne sind die von der Zahlstelle des Verbandes der Buchbinder in Hamburg gestellten Anträge aufzufassen. Dieselben sind, wie bekannt, in Nr. 13 der „Buchbinder-Zeitung“ und im „Korrespondenzblatt“ Nr. 13 der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands bereits veröffentlicht, und halten wir es für unsere Pflicht, unsere Anträge durch die hier niedergelegten Motivierungen näher zu begründen.

## Die „Internationale Bruderschaft der Buchbinder von Nordamerika.“

### III. (Schluß.)

Der nächste Streik wurde vom Ortsverein Nr. 8 in Chicago angeordnet, im Geschäft W. B. Conkey & Co., weil die Firma darauf bestand, einen Maschinisten zur Handhabung der Maschine zu verwenden, während der Ortsverein wollte, daß ein Buchbinder sie handhaben sollte. Aus einem kurzen Kampfe ging der Verein siegreich hervor.

Dann kam der Streik von den Ortsvereinen Nr. 1 und 3 in New York und Brooklyn in den Geschäften von Edwin Zues & Sohn in New York und Bransworth, Mum & Barler in Brooklyn, dessen Ursache war, einen Lohnstarif und das Lohnsystem zu erzwingen. Dieser Streik verwickelte auch die Ortsvereine 11, 22, 43. Die Gesamtzahl der Ausständigen war 108 Männer und 60 Frauen. Die Kassen dieser Vereine waren

wo sie als Kontraktarbeiter auf der mexikanischen Zentralbahn zu arbeiten bestimmt waren.

Eine zu starke Vernehrung der Chinesen in der Union verhindert deren Eigenart selbst. Die meisten kehren mit den Ersparnissen ihres Fleißes in ihr Vaterland zurück, um in heimathlicher Erde begraben zu werden, da sie, wie sie glauben, vom Himmel ausgeschlossen sind, wenn ihre Gebeine in fremder Erde modern. Die Weibchen vermehren sich auch nicht sehr rasch, da so gut wie keine Chinesinnen mehr ins Land kommen. Die weiße Klasse mißt sich nicht mit ihnen, bis auf wenige weibliche Individuen meist irländischer Abkunft, die so weit verkommen und gesunken sind, um eine Heirath mit einem Chinesen als etwas Schätzbares zu betrachten.

Wir können aus dem Gesagten entnehmen, daß die 250 000 Chinesen der Vereinigten Staaten in Bezug auf Politik passiv zur Seite stehen, in Bezug auf wirtschaftliche, sittliche Entwicklung stagnant bleiben, und so können wir auch zu dem Schluß kommen, daß das Volk des Reiches der Mitte in China selbst, der Druckkraft und dem Uebergewicht der europäischen Mächte nachgebend, den Fortschritt europäischer Kultur in China nicht aufhalten können, im Allgemeinen sich passiv verhalten und lange Zeit, vielleicht stets, seine eigenartige Religion und Kultur neben derjenigen der europäischen Eindringlinge weiterführen wird. Abzuwarten ist noch, ob die Bevölkerung Chinas das Land so gutwillig in die Hände der Fremden geben oder erst nach verzweifeltsten Kämpfen um ihre Religion, Kultur und Vaterland den Urväteren die angemessenen Rechte einräumen wird. Dies alles liegt jedenfalls im Schoße einer nicht mehr ferneren Zeit.

durch das Zahlen von Streikgeldern bis aufs Letzte verbraucht und eine von jedem arbeitenden Mitgliede erhobene Steuer von einem Dollar die Woche half diese Armee von Leuten unterstützen, als sie gezwungen waren den Vertheidigungsfonds um Beistand anzurufen. Dieser Fonds war, nachdem er von den erwählten Streiks so sehr ausgegast worden, nicht im Stande der Bitte nachzukommen und wir wurden angewiesen, unsere Ortsvereine um ein Darlehen von 10 Dollar die Woche zu bitten, wir sind erfreut, sagen zu können, daß diese Bitte gern von den Ortsvereinen erfüllt wurde, die in der finanziellen Lage waren, daß sie uns sofort Unterstützung geben konnten.

Anderer, die sich nicht in einer solchen Lage befanden, erhoben eine Steuer von den Mitgliedern und halfen uns auf diese Weise sehr wesentlich, und gerade hier wünschen wir diesen Vereinen und Mitgliedern zu danken, welche irgend ein Opfer brachten zum Fortschritt unseres Gewerbes, indem sie uns das Geld gewährten, wenn es nothwendig gebraucht wurde.

Wir erhielten auch Darlehen von 500 Dollar von der internationalen typographischen Union, einen gleichen Betrag vom Ortsverein Nr. 6 von der internationalen Vereinigung von Buchbindern in New York. In Hinzufügung zum Obigen finden wir es unmöglich, die Ausgaben für den Streik anzufügen; eine Steuer von 25 Cts. wurde für die Konstitution erhoben.

Gerade vor der Entstehung dieses Streiks bildeten die Arbeitgeber der Buchbinderbranche in New York und Brooklyn eine Organisation, und als sie in einer guten finanziellen Verfassung waren, wollten sie sich nicht daran vergräßen, Arbeit für die streikenden Firmen zu thun. Präsident Boden und Kollege Henry Kiehm vom vordringenden Komitee machten zwei Versuche, eine Audienz in der Arbeitgeberversammlung zu erlangen und sprachen beim Präsidenten mit Hinsicht auf diesen Gegenstand vor. Er zeigte sich willig eine Zusammenkunft zu genehmigen, aber als der Gegenstand in ihrer Versammlung vorgebracht wurde, weigerten sie sich absolut, unsere Organisation in irgend einer Weise anzuerkennen.

Beim New York Staats Board of Mediation and Arbitration wurde auch eingekommen, eine Einigung zu versuchen und zu erwirken. In einer dreitägigen Sitzung, in welcher Zeugen beider Seiten verhört wurden, hat sich klar erwiesen, daß unsere Forderungen gerecht waren, und der Gerichtshof entschied auch so. Die Firmen jedoch erwiesen sich noch halsstarrig und nahmen ihre Zuflucht zu Verfolgungsmaßnahmen, indem sie unsere Wache anhielt und ins Gefängniß einsteckte und keine Bürgschaft gestattete. Als dieses vor Gericht zur Anklage gebracht wurde, wurde es für grundlos befunden und alle wurden aus der Haft entlassen.

Diese Streiks kosteten 4500 Dollar vom Vertheidigungsfonds und machten unsere Kasse leer, aber wir freuen uns, sagen zu können, daß wir uns schnell von dieser Anstrengung erholt haben.

Während diese Streiks vor sich gingen, erhielten wir Nachricht aus Verein Nr. 61 in Philadelphia, daß ein Streik im Geschäft der National Publishing Company ausgebrochen war, um den Tarif einzuführen; sechs Mann waren theilhaftig. Augenblicklich wurde eine Steuer von den arbeitenden Mitgliedern des Ortsvereins erhoben. Einige Wochen lang erbateten sie keine Unterstützung vom Vertheidigungsfonds. Als sie endlich gezwungen waren um Hilfe zu bitten, wurde ihnen die Summe von 25 Dollar gegeben.

Der nächste Streik wurde vom Ortsverein Nr. 10 in Albany, im Geschäft von Weed, Parsons & Co. veranstaltet. Der Grund war, daß die Firma einen Pförtner an die Maschine als Maschinist mit dem Lohne von 9 Dollar die Woche stellte, anstatt eines Buchbinders, welcher früher an der Maschine gewesen war. 18 Mann waren in diesem Streik verwickelt und es wurde vom Präsident Boden telegraphirt, sich zu bemühen eine Einigung zu erwirken. Er ging hin und die Firma willigte ein, den Buchbinder wieder an seinen Platz zu stellen, und die Leute kehrten zur Arbeit zurück. Präsident Boden kehrte nach Hause zurück und es wurde ihm sofort telegraphirt, nach Albany zurückzukehren, denn die Firma weigerte sich, das Zugeständniß zu halten. Er kam wieder zurück, und zwar mit dem Organisator für die internationale typographische Union, und erwirkte wieder eine Einigung, die jetzt noch besteht.

Der nächste Streik wurde vom Ortsverein Nr. 28 in Toronto veranstaltet, im Geschäft Hunter, Rose & Co., weil die Firma einen dreißig Jahre alten Lehrling einstellte. 8 Mann und 2 Jungen kamen außer Arbeit. Der Streik dauerte zwei Tage und wurde dadurch beigelegt, daß die Firma den betreffenden Lehrling entfernte.

Die nächsten Wirren fanden in Chicago im Geschäft Donohue & Henneberg statt und wurde vom Ortsverein der Internationalen typographischen Union geführt, weil die Firma sich weigerte eine der Union gegebene Einwilligung zu halten. Der Allianzvertrag zwischen J. P. U. und J. B. o. B. war in Thätigkeit gesetzt und 56 Mitglieder unseres Ortsvereins Nr. 8 streikten. Die Internationale typographische Union bezahlte alle Streikgelber auf 10 Wochen, zu welcher Zeit der Kampf noch so geführt wurde, wie zuerst und als die Streikgelber verzehrt waren, wandte man sich mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an den Vertheidigungsfonds. So viel Geld als wir hatten wurde ihnen gewährt.

Zur selben Zeit wurden wir vom Verein Nr. 49 in Milwaukee unterrichtet, daß ein Streik im Geschäft der Heim Speciality Company sei, worin 12 Mann verwickelt wären, weil die Firma unerfahrene Männer und Knaben zur Arbeit im Gewerbe einstellte und darauf bestand, daß unsere Mitglieder sie anlernen sollten. Der Ortsverein hat sogleich den Vertheidigungsfonds um Beistand, der unfähig war den Sturm zu bestehen; wir waren gezwungen wöchentliche Steuern zu erheben.

Die Summe von 1500 Dollar wurde dem Ortsverein Nr. 8 gewährt und 204 Dollar dem Ortsverein Nr. 49.

In Milwaukee war die Firma fähig, mit allen Kräften, die sie bekommen konnte, zu arbeiten, bis zwei unserer Mitglieder, die nicht den wahren Geist der Brüderlichkeit besaßen, zur Arbeit zurückkehrten. Zur selben Zeit suchten sich viele anderswo Arbeit. Nur einer oder zwei blieben im Bereiche des Ortsvereins.

Neben den erwähnten Fällen wurde der Allianzvertrag zwischen der J. E. U., J. P. U. und J. B. o. B. erfolgreich in Buffalo, N. Y., in Thätigkeit gesetzt im Etablissement Matthews, Northrup & Co., wo die Presser 3 Monate gestreikt haben und der Streik durch die Bemühungen unserer Organisation durch M. F. Quinn beigelegt worden ist.

Auch in Kansas City, Mo., wo die J. E. U. Verdruf mit der Firma Hubson, Kimberg & Co. hatte, welche durch die Typsetzer Anstrengungen machte, alle Arbeiterorganisationen in ihrem Etablissement aufzuheben. Der Kampf breitete sich auch im Geschäft Berkowitz & Co. aus, wo zwei Mitglieder unseres Ortsvereins Nr. 66 eingestellt waren. Der Kampf dauerte einige Wochen und schloß endlich mit der Errichtung eines Konkurrenzgeschäftes, in welchem gute Erfolge erzielt wurden.

Während dieser Zeit entschied Ortsverein Nr. 8 in Chicago mit den verschiedensten Firmen der Stadt Verhandlungen in Bezug auf Einführung eines Lohnstarifs zu treffen. Die Firmen W. B. Conkey & Co., Brod & Bankin, Knapp Binding und Printing & Co. und George M. Hill & Co. verweigerten die Einwilligung zu unterzeichnen und Streik wurde befohlen. Nach einem langen Kampfe war unser Verein siegreich in den Geschäften von W. B. Conkey & Co., Brod & Bankin Knapp Binding und Printing & Co. Die Firma M. Hill & Co. unterzeichnete den Vertragsgegenstand, um dann beim Gerichtshof des Staates Illinois Anklage zu erheben. Dieser Gerichtshof entschied zu Gunsten von Nr. 8, aber Mr. Hill weigerte sich noch, nachzugeben.

Der nächste Streik fand bei der Firma Frabis & Co. in Minneapolis statt, in welchen Ortsverein Nr. 51 verwickelt war, weil ein Lehrling eines Gesellen Platz einnahm. Der Streik dauerte vier Wochen und verwickelte einen Mann und einen Jungen. Dieser Verein hatte auch einen Streik in dem Geschäft Kaufman & Co., weil die Löhne nicht bezahlt wurden. In beiden Fällen zahlte Ortsverein Nr. 51 die Unterstützungen und hatte Erfolg.

Der nächste erfolgreiche Streik war in Denver (Ortsverein Nr. 58), um einen Lohnstarif einzuführen. Ortsverein Nr. 29 war auch in die Sache hineingezogen und bewies sich als große Stütze für unsere Kolleginnen. Der Streik dauerte zehn Tage und waren daran 15 Frauen, 9 Männer und 4 Jungen theilhaftig. Unser Vertheidigungsfonds wurde zu Hilfe gerufen und Zuschuß für eine Woche 113 Dollars gewährt.

Ortsverein Nr. 36 in Cleveland, Ohio, und Nr. 48 in Milwaukee, Wis., unterrichteten uns von ihrem Wunsche, einen Lohnstarif einzuführen, und da in beiden Fällen die Verfassung des Gewerbes als gut berichtet wurde, riefen wir, keinen schnellen Schritt zur Erzwingung der Forderungen zu thun, sondern eine günstigere Zeit abzuwarten.

Ortsverein Nr. 37 in St. Paul unterrichtete uns, daß die Buchbinderfrauen in drei Geschäften organisiert wären und in vier anderen Geschäften die Frauen sich weigerten, dem Verein beizutreten. Der Frauenortverein wünscht sehr, daß Nr. 37 Schritte unternehme, um diese Nichtvereinsleute in den Verein zu zwingen, aber Nr. 37 zögert, etwas ohne die Billigung des Kongresses zu thun. Wir riefen Nr. 37, den Frauen alle mögliche geistige Unterstützung zu geben, aber keinen Streit zu befehlen.

Ortsverein Nr. 44 in Baltimore war erfolgreich, seinen Lohnzettel ohne Streit einzuführen.

Einige unserer neuen Ortsvereine haben einen neuen Lohnzettel hergestellt, welchen sie uns unterbreiteten. Wir finden es nötig, einen höheren Tarif als den genannten zu raten; unsere Leute scheinen ihre Preise von den in einigen von ihren Geschäften bezahlten Löhnen genommen zu haben, anstatt den Tarif fast so gleichmäßig wie im Brootherhood zu machen.

Präsident Murphy vom kürzeren Arbeitstag-Komitee der Internationalen typographischen Union besuchte uns und unterrichtete uns von der Arbeit, die sein Komitee getan habe, um die kürzeren Stunden einzuführen. Er hat uns, in derselben Richtung Antheil zu nehmen, und wir legten die Sache in die Hände unserer Ortsvereine mit der Bitte, daß sie uns über die Natur der Diskussionen und der Reden unterrichteten. Wir waren überrascht, das kleine Interesse, welches von unseren Leuten gezeigt wurde, kennen zu lernen, da es tüchtige Hilfe erforderte, sie dahin zu bringen, daß sie für die Frage stimmten.

Zedoch hatten wir nach langer Verzögerung Erfolg, indem wir eine schöne, genügende Stimmenzahl zu Gunsten der Frage erlangten, und das Komitee wurde wie folgt gewählt: Kollegen Charles Weimar aus New York, Präsident, E. B. Lott aus St. Paul und W. F. Gormley aus Sacramento. Dieses Komitee hat Zirkulare verfertigt, die ihnen bei ihrer Arbeit helfen sollen und wird zweifellos auf diesem Kongress einen Bericht über Fortschritte machen.

Die I. P. U. hat seit unserer letzten Sitzung zwei Kongresse abgehalten, auf beiden haben wir Vertreter gehabt. Dem ersten, in Chicago abgehalten, wohnte unser erster Vizepräsident Ross bei und dem zweiten unser Kollege E. A. Struble in Detroit, in welcher Stadt der Kongress abgehalten wurde.

„The Union Label“ (Verband für Einführung einer Schutzmarke) ist die Ursache von beträchtlichen Studien seitens der Nationalbeamten während der Zeit gewesen und wir haben Erfolg gehabt und haben ein Zeichen, das von den internationalen Körpern mit dem Vertrage für Allianz genehmigt worden ist. Jetzt ist es Pflicht eines jeden Mitglieds unserer Vereinigung, für die Erscheinung des Zeichens auf allen in diesem Lande und Kanada gebundenen Büchern Sorge zu tragen.

Wenn jedes Mitglied seine Pflicht zur Arbeiterorganisation thun wird in sozialen und wohlthätigen Organisationen, wo durch ein wenig Energie alle Buchdrucker und Binderei in Vereinigung gebracht werden könnte, wird man sehr bald sehen, was für ein immenser Vortheil es für unser Gewerbe sein wird. Wir können, wenn einige Anstrengung gemacht wird, binnen kurzer Zeit so streng vorgehen, daß wir fähig sein würden, unsern Tarif ohne Streit einzuführen, denn es ist Thatsache, daß die Mehrzahl der Geschäfte des Landes durch die Etikette (Label) kontrollirt werden könnte. Um vermehrten Schutz für die Erziehung des „Label“ zu sichern, ist die folgende Verbesserung von der internationalen Organisation angenommen worden, nämlich Theile zum Allianzvertrag:

Verbesserung zu Sektion 16: Der letzte Satz ist auszutreiben und das Folgende einzusetzen: „Besagte „Labels“ sollen von den Vorständen der I. P. U. unterschützt werden, welche sie allen verbundenen Vereinen des Buchdruckgewerbes geben soll um ungefähr 10 Prozent der Kosten, und sie soll nur solchen Vereinen verliehen werden, die sich den Regeln und Regulativen von dem verbundenen Buchdruckererwerbskongress angelegten Vereinen unterwerfen.“

Wenn ein solcher Beamter eine Ungerechtigkeit fühlt, kann er sich an den Präsidenten wenden und dessen Beschluß wird als endgültig betrachtet werden, trotz aller anderer existirenden Gesetze.

Wir wurden vom Ortsverein Nr. 26 in Chicago unterrichtet, daß er viele Mühe mit einer unabhängigen Organisation gehabt habe, die von abgeordneten Mitgliedern ihres Vereins gebildet worden war, welche unbefriedigt mit dem Gange der Dinge beim Streit der Firma Butler Paper Company waren. Wir riefen

Nr. 26, energische Schritte gegen die Abtrünnigen zu unternehmen und baten Nr. 25, so viel Beistand als sie könnten zu geben, damit sie diese Leute wieder in unsere Reihen zurückbringen könnten. Später wurden wir unterrichtet, daß Beträchtliches gethan worden ist, daß einige ihre Einwilligung gegeben hatten, zurückzukehren und andere rückständige Steuern bezahlt hatten.

Nr. 53 in Judianopolis meldete, daß in ihrer Stadt Gelegenheit wäre, eine Organisation der Frauen zu bilden und baten uns, zu diesem Zwecke einen Kollegen nach dort zu schicken. Auch in den Städten Lafayette und Longonport, Ind., waren einige Buchbinder unentschieden, ob sie sich dem Ortsverein Nr. 53 anschließen oder einen neuen Verein zu gründen haben. Wir waren gezwungen, die Bildung eines neuen Vereins zu verweigern und haben Nr. 53 angewiesen, sich anzuschließen, diese Leute zu sich herüberzubringen.

Ortsverein Nr. 51 in Minneapolis gab seinem Sekretär 10 Dollar, um in ein Geschäft zu gehen und einen Mann, der erst kürzlich in der Stadt angekommen ist und der zu niedrigen Preisen arbeitet, zu unterrichten, daß er die vom Verein festgesetzten Preise annehmen muß. Kollege Bates ist vorgekommen beim Kongress gegen die Thätigkeit von Nr. 51 und da sie nicht fähig waren, zu entscheiden, haben sie die Sache diesem Kongress übertragen.

Ortsverein Nr. 20 in Detroit unterrichtete uns, daß die Vereinigung für Druckerei und Binderei im Staate Michigan sich in zwei Theile getrennt habe; die Drucker unter der Firma in Lansing, Mich., und die Binder in einer religiösen Vereinigung, bekannt als die Seventh Day-Abentisten.

Dieses ist eine Zusammenstellung der wichtigsten Vorkommnisse im letzten Zeitabschnitt.

James W. Dougherty.

**Korrespondenzen.**

**Stuttgart.** (Zentralrankenkasse.) Am 22. April hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre ordentliche Hauptversammlung ab. Nach Abwicklung der üblichen Berichte kam zunächst die Zeitungspolemik Remmlinger-Brandmaier-Schneider zur Sprache. Sämmtliche Redner, und es waren deren nicht wenige, sprachen sich zu den Remmlingerischen Ausführungen in zustimmender Weise aus und mißbilligten das Verhalten des Zentralvorstandes gegenüber denselben. Hauptsächlich die Artikel Rolat-Schneider wurden einer scharfen Kritik unterzogen und die Schneiderischen Ausführungen zurückgewiesen, da derselbe kein Recht habe, andere Mitglieder auszubieten. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Anträge zur Generalversammlung in Leipzig“, lag zunächst ein Antrag vor zu § 1, welcher wünscht, daß der Zentralvorstand beauftragt werde, die Zuschuftrankentafelfrage nach jeder Richtung hin objektiv zu prüfen und darzulegen. Derselbe wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Hierzu wurde von Kollege Lender folgende Resolution gestellt, die dann einstimmig angenommen wurde, auch wurde deren Veröffentlichung verlangt:

„Eine große Anzahl Mitglieder der Stuttgarter Verwaltungsstelle steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Umwandlung unserer Zentralrankenkasse in eine Zuschufklasse — Verzicht auf § 75 des Krankenterversicherungsgesetzes — für dieselbe nur von Vortheil und daher wünschenswert ist. Die stattgefunden Erhebung hat gezeigt, daß von den 7900 Mitgliedern 4545 = 57,5 Prozent schon jetzt die Klasse nur als Zuschufklasse benötigen, und wäre die Erhebung dem Antrage entsprechend durchgeführt worden, so würde sich gezeigt haben, daß von den übrigen 3355 Mitgliedern auch noch ein großer Theil einer anderen nicht gefällig genügenden Klasse angehört, also auch doppelt versichert ist.“

Es liegt den Freunden der Zuschufklasse vollständig fern, ohne alle Rücksicht auf diese 3355 nicht anderweitig gefällig versicherten Mitglieder die Umwandlung der Klasse vorzunehmen, aber als langjährige Mitglieder der Klasse nehmen auch wir das Recht für uns in Anspruch, unsere Ansicht in Form von Anträgen den Generalversammlungen vorzulegen und auch für dieselben einzutreten. Natürlich kann die Umwandlung der Klasse in eine Zuschufklasse nicht so ohne alles Weitere vor sich geben und müssen auf alle Fälle die Rechte sämtlicher Mitglieder so gut wie möglich gewahrt bleiben, wie auch die gesetzlichen Vorschriften und eventuellen Hindernisse vorher genau überlegt und beurtheilt gehören. Es wäre daher gut gewesen, wenn die Verwaltung der Klasse speziell über diese letzteren Punkte die Mitglieder mehr aufgeklärt hätte.“

Von der Ausführung einer Reihe weiterer Anträge kann in Rücksicht auf deren baldige Veröffentlichung durch die Zentralstelle abgesehen werden. Nach Erlebigung von Verschiederem konnte die sehr animirt verlaufene Versammlung zu später Stunde geschlossen werden; es ist zu wünschen, daß die am 27. Mai stattfindende außerordentliche Hauptversammlung noch zahlreicher besucht werde. H. Hanel, Schriftführer.

**Gmünd.** Die hiesige Zahlstelle hatte am 16. April ihre erste Hauptversammlung mit Abrechnung. Seit der ersten Zusammenkunft war fleißig gearbeitet worden und können wir nun auch konstatiren, daß mit Ausnahme von zwei sämmtliche Ctuisarbeiter am Platze organisiert sind. (Das Gegentheil von Pforzheim.) Mit den Buchbindern und Kartonnagenarbeitern thun wir dagegen schwerer, von circa 15 dieser Kollegen am Orte sind nur 2 im Verband. Hoffentlich gelingt es uns noch, auch diese zu gewinnen. — Im verfloffenen Quartal fanden 4 Mitgliederversammlungen und 4 Ausschußsitzungen statt. Der Mitgliederbestand ist gegenwärtig 21 männliche und 2 weibliche. An die Hauptkasse konnten 45 M. abgeliefert werden. Mögen alle Mitglieder auch darauf Bedacht nehmen, daß das Restiren der Beiträge vermieden und diese jede Woche bezahlt werden, dann kann dem Kassier viel Arbeit erspart und die ganze Geschäftsführung in guter Ordnung gehalten werden.

Mit Freunden haben wir davon Kenntniß genommen, daß in verschiedenen Orten die Ctuismacher sich lebhafter für die Organisation interessieren und dahin streben, ihre Lebenslage zu verbessern. Nur bei Pforzheim liegt es anders, dort haben die Ctuisarbeiter, wie es scheint, nicht nothwendig, auf Verbesserung ihrer Lage bedacht zu sein. Oder glaubt ein Theil derselben wirklich, daß mit Kriegen und Baugruftischen Gutes geschaffen werden kann? Wir kennen hier ein solches Exemplar, das aber nicht mehr hier ist; Achtung genießt ein derartiger Mensch weder bei seinen Kollegen noch beim Arbeitgeber. Hoch die Organisation!

**Offenbach a. M.** Am 24. April fand unsere Generalversammlung statt, deren Besuch ein guter zu nennen war. Dem Bericht des Vorsitzenden ist folgendes zu entnehmen: Der Mitgliederstand belief sich am Schlusse des Quartals auf 126 männliche und 11 weibliche Mitglieder, leider ein Rückgang von 11 Mitgliedern. Der Grund dieses Rückgangs liegt eben in dem launenhaften Temperament manchen Portefeullers. Der Durchschnitts-Portefeuller meint mit seinem Eintritt in den Verband die Welt zu stürmen, eine Ausbauer, ein zähes Festhalten an einer Ueberzeugung ist ihm fremd. Der Kassenbericht wurde in musterghilflicher Weise gegeben, ebenso der Bibliotheksbericht, und wurde beiden Funktionären einstimmig Decharge ertheilt. Die Agitationskommission ist in diesem Quartal wenig an die Öffentlichkeit getreten, ist vielmehr bestrbt gewesen, durch stille Vorarbeiten einer späteren kräftigen Agitation die Wege zu ebnen. Unsere Stellungnahme zur Waise wurde in der Annahme folgenden Antrags festgelegt:

„Um dem 1. Mai seine richtige Bedeutung zu geben, faßt die heutige gutbesuchte Generalversammlung folgenden Beschluß: Jeder Kollege, dem es die Verhältnisse gestatten, läßt am 1. Mai die Arbeit ruhen. Diejenigen Kollegen, die thatsächlich gebindert sind, diesen Tag zu feiern, werden ersucht, ihr Solidaritätsgefühl dadurch zu zeigen, daß sie einen Betrag von ihrem Tagesverdienst je nach Belieben dem hiesigen Agitationsfonds zuwenden. Auch wird jedem Kollegen ans Herz gelegt, am Festzug theilzunehmen.“

Unter „Verschiedenes“ wurde ein Antrag des Bibliothekars, betr. die Anschaffung eines neuen Bibliothekschranks, angenommen.

Portefeuller von Offenbach! Erkennt eure Klassenlage und reißt euren organisierten BerufsKollegen die Hand. Ihr Verbandskollegen, laßt den Muth nicht sinken, unterstützt den Vorstand und die Agitationskommission in ihrem Bestreben, den Verband in Offenbach zu stärken und auszubauen. Von Mund zu Mund, von Werkstatt zu Werkstatt agitirt und werbt neue Mitkämpfer; das giebt uns die beste Garantie, den Herren Portefeullebaronen einmal den nöthigen Willen zeigen zu können. Ihr habt nichts zu verlieren, als eure Ketten, aber Ihr habt eine ganze Welt zu gewinnen. Ernst Wasch.

**Mainz.** Seit unserm letzten Bericht hat sich die Entwicklung der Zahlstelle verhältnismäßig günstig gestaltet, indem dieselbe trotz ihrer Jugend einen Mitgliederstand erreicht hat, wie ihn die früheren eingegangenen nicht zu erreichen vermochten. Wir glauben,

auf Grund des guten Stammes, der sich im Laufe der Zeit gebildet hat, annehmen zu dürfen, daß sich die Zahlstelle auf der Höhe der Situation erhalten und auch für die Zukunft durch rege Agitation unter den Kollegen ein würdiges Glied in der Kette der Zahlstellen des Verbandes bleiben wird.

Wenn auch der Besuch der Versammlungen vielfach zu wünschen übrig ließ, so sind die Mitglieder doch sonst im großen Ganzen ihren Verpflichtungen nachgekommen. Die Vereinsleitung war bestrebt, die Versammlungen so interessant wie möglich zu gestalten. Es wurden wiederholt Vorträge gehalten, von denen wir besonders den des Genossen Harassin über „Pierre Béranger“, ein französischer Volksheld, und den des Kollegen Käminz über „Die Maschinentechnik und deren Folgen für die Arbeiterklasse“ besonders erwähnen wollen. Außerdem beteiligte sich unsere Zahlstelle an der Wahl der Generalversammlungsvertreter zur hiesigen Ortskrankenkasse und wurden die fünf von uns aufgestellten Kandidaten gewählt. Desgleichen ging die vom Gewerkschaftsamt aufgestellte Liste der Bewerber zum Gewerbetag durch, auf welcher sich als Vertreter unserer Zahlstelle Kollege Käminz befand.

Indessen haben wir nicht veräußert, unseren Kollegen durch Veranstaltungen gemüthlicher Familienabende auch in der Gesellschaft Rechnung zu tragen und auf diese Weise agitatorisch zu wirken. Auch ergaben die Veranstaltungen in Bezug auf unsere Lokalkasse ein günstiges Resultat. Dieses sowohl als die Opferwilligkeit der Mitglieder ermöglichte es uns, die streikenden Weber in Krefeld, sowie die in Ebbtau Verurteilten mit namhaften Beiträgen unterstützen zu können. Die Schöpffische Broschüre „Gewerkschaften und Koalitionsrecht“ wurde in 50 Exemplaren unter den Kollegen verbreitet.

Durch freundliche Zuwendungen verschiedener Werke, sowie Anschaffung solcher, hat sich der Bücherbestand unserer Bibliothek erfreulich Weise vergrößert.

Mögen die günstigen Verhältnisse andauern, damit wir stets in der Lage sind, nur Gutes von hiesiger Zahlstelle berichten zu können.

**Dortmund.** Um das fünfzehnte Geburtsjahr der hiesigen Zahlstelle würdig zu beschließen, fand am Sonntag den 23. April, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kahlert das übliche Stiftungsfest statt. Bereits Vormittags waren verschiedene Kollegen am Bahnhof zum Empfang der auswärtigen Kollegen anwesend. Von auswärts waren die Kollegen Gahmann, Eitmann und Hülshar aus Gelsenkirchen anwesend. Telegramme und Glückwunschkarten waren eingelaufen von Düsseldorf, Barmen, Münster und Bielefeld. Hierfür unsern besten Dank. Begeistert lauteten die Anwesenden der Festrede des Kollegen Lur; hoffen wir, daß dieselbe bei den anwesenden, dem Verbands nicht angehörenden Kollegen Früchte tragen und sie sich dem Verbands endlich anschließen mögen. Großen Beifall erlangten die Gesangsvorträge des Buchbinder-Männerchors. Nur zu schnell vergingen die Stunden der Freude und Erholung und ungern trennten sich die Festteilnehmer.

Möge auch dieses Fest die Kollegen zur weiteren Agitation aufmuntern. Hoch der Verband!

Nachtrag zum Generalversammlungsbericht: In Gelsenkirchen befinden sich zur Zeit 10 und in Dülmen 6 Mitglieder. I. Rieten.

**Dresden.** Am 29. April hielten die hiesigen Einzelmitglieder eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäfts- und Kassenbericht des Bevollmächtigten; 2. Gewerkschaftliches. Dem Geschäftsbericht war zu entnehmen: Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 166 männliche, 10 weibliche; eingetreten sind 23 männliche, 2 weibliche, zugereist 5 Kollegen. Wegen Resten gestrichen mußten werden 27 männliche, 3 weibliche Mitglieder, abgereist sind 13, so daß ein Mitgliederbestand von 157 männlichen und 9 weiblichen Mitgliedern verbleibt.

Der Kassenbericht wies auf: Einnahmen an Eintrittsgeldern und Beiträgen, einschließlich 39,84 Mk. Kassenbestand vom vorigen Quartal, zusammen 582,89 Mk. Ausgaben: Arbeitslosenunterstützung für 59 Tage à 50 Pf. = 29,50 Mk., für 80 Tage à 75 Pf. = 60 Mk.; Gemäßregelunterstützung 15,50 Mk.; Rechtschutz 25 Mk. Zur Deckung von drücklichen Ausgaben mußten am Orte gehalten werden 202,89 Mk. Auf Antrag vom Revisor Brumme wurde der Kassier entlastet.

Ein Bericht des Arbeitsnachweises konnte wegen Abwesenheit des Leiters von der betreffenden Kommission nicht gegeben werden. Im Weiteren erklärte sich Kollege Jopp bereit, die Kontrolle betreffs der pünktlichen Amtsführung im Nachweis zu übernehmen.

Die Kollegen Hennrich und Böttcher (Mitglieder

des Gesellenausstufes) berichten von der letzten Innungsversammlung; sie berühren die Lehrlingslosprechung daselbst und erwähnen die Ermahnung des Obermeisters an die Ausstufenden: „Stets gut deutsch zu bleiben und sich nicht der Internationale anzuschließen“. Weiter wurde daselbst beschlossen, an zugereifte Gesellen mit Innungsausweis 1,50 Mk., an solche ohne Ausweis 1 Mk. zu zahlen. (Die dazu nötigen Gelder müssen durch die Gesellen aufgebracht werden.)

Sobann hat die Innung durch eine Statistik vom vorigen Jahre einen Durchschnittsgehilfenlohn von 19,05 Mk. herausgerechnet. Bekanntlich will die Innung einen Mindestlohn von 16 Mk. festhalten; über diesen Lohn werden kaum viele bezahlt werden; wo dann dieser Durchschnittslohn herkommt, wissen nur die Innung und die Ökter.

Noch ist bemerkenswert, daß auf eine Beschwerde an die hiesige Polizeibehörde, in welcher gegen die Auffassung des überwachenden Beamten, daß die Behandlung der Frage des ersten Mai ein politisches Thema sei, protestiert wurde, — ein abschlägiger Bescheid eingegangen ist.

Leider muß auch der schwache Besuch der Versammlung getadelt werden. Hoffentlich haben die abwesenden Mitglieder bis zur nächsten Versammlung soviel Kraft, Energie und Interesse an unserer gemeinsamen Sache gesammelt, um in derselben zu erscheinen. E. S.

**Charlottenburg.** Die erste Mitgliederversammlung der Zahlstelle Charlottenburg fand unter Vorsitz des Kollegen Bergmann am 22. April in unserem Vereinslokal statt. Nachdem zuerst der Versammlungstag auf den ersten Sonnabend nach dem 15. eines jeden Monats festgelegt, erfolgte die Vorstandswahl, aus welcher Alexander Welsch als Bevollmächtigter, Enthardt als Kassier, Hilbert als Schriftführer und F. Martini als Revisor hervorgingen. Als Vertreter zum Gewerkschaftsamt wurde P. Nörenberg gewählt.

Kollege Enthardt regt an, sich die vom Wahlverein geführte Statistik übergeben zu lassen, betreffs Auszug der Buchbinder Charlottenburgs, um dieselben für unseren Verband zu gewinnen. Es wurde demgemäß beschlossen. Bergmann giebt bekannt, daß die Charlottenburger Kollegen dieselbe Vergünstigung haben, wie in Berlin, so daß denselben durch den Uebertritt nach hier durchaus kein Nachteil entsteht. Nörenberg regt an, am 11. Mai (Himmelfahrt) eine Partie nach Schlachtenil zu unternehmen und das daselbst befindliche vegetarische Kinderheim, welches seiner Zeit die Berliner Stadtverordnetenversammlung so sehr beschäftigt hat, zu besichtigen. Dem wird entsprochen. Treffpunkt 8 Uhr bei Müller, Schillerstraße 94. Um halb 11 Uhr schloß Kollege Bergmann mit einem Hoch auf das Wohl und Gedeihen der neuen Zahlstelle die Versammlung.

**Berlin.** Vorerst sei an dieser Stelle mitgeteilt, daß die Mitglieder der Zahlstellenverwaltung zum zehnjährigen Stiftungsfest des Buchbinder-Männerchors Berlin am 8. April geladen waren und auf demselben die Ueberzeugung gewonnen haben, daß der Verein in jeder Weise Zufriedenstellendes geleistet hat und es jedem sangestundigen Mitglied der hiesigen Zahlstelle empfohlen werden kann, den Gängverein durch seinen Beitritt zu stärken. Am 15. April feierte die Zahlstelle ihr 12. Stiftungsfest in Kellers Festhale, Köpenickerstraße, welches Fest bei überaus starkem Besuch ein erhebenes war. Den Glanzpunkt bildete die Festrede des Reichstagsabgeordneten Genossen Liebnecht, welcher in bewegten Zügen die Geschichte der Zahlstelle darlegte; wie sie aus einer kleinen Zahl überzeugter Kollegen entstand und die schwere Zeit des Sozialistengesetzes durchmachte; die Gleichberechtigung der Frau wurde anerkannt, und unsere Branche war eine der ersten, welche die Arbeiterinnen in ihre Reihen aufnahm. Auch erkannte der Berliner Fachverein, wie er sich anfangs nannte, die Notwendigkeit einer Zentralisation an und trat derselbe dem neuentstandenen Verband unserer Berufsgenossen ganz Deutschlands als Mitgliedschaft bei. Die Zahlstelle ist in ihrer Mitgliederzahl seitdem von Jahr zu Jahr gewachsen und doch, so sagt unser Festredner, ist die Zahl der Indifferenten eine so große, daß wir rastlos zu arbeiten haben, das Werk der Aufklärung zu üben. Draufender Beifall belohnte unseren Genossen Liebnecht für seine zu Herzen bringenden Worte. — Für die Unterhaltung sorgten in vorzüglicher Weise das neue Berliner Konzertorchester, sowie der Buchbinder-Männerchor, welcher durch erste, zum Feste passende Arbeitergefänge, sowie durch andere solide Vorträge sich den reichen Beifall der Zuhörer erwarb. Den Schluß bildete Tanz, welcher die Anwesenden in

wirklich harmonischer Weise bis lange nach Tagesgrauen zusammenhielt.

Bei unserer Generalversammlung am 25. April gab bei Eröffnung derselben Kollege Brückner das Ableben der Kollegen Klahn und Kapinsky bekannt; das Andenken der Verstorbenen ehrt die Versammlung in üblicher Weise. Den Geschäftsbericht giebt Brückner. Er erwähnt dabei die in der Kollegenchaft vorkommenden, meist persönlichen Streitigkeiten, deren Ausgleichung dem Vorstand der Zahlstelle oft viel Mühe und Zeit kostet. So sei hier besonders ein Fall erwähnt, welcher sich auf dem Arbeitsnachweis abspielte, bei welchem Kollege Reuter eine solche Szene ausführte, daß unser Arbeitsvermittler, Kollege Bergmann, sich schwer beleidigt fühlend, dem betreffenden Kollegen das Haus verweisen mußte; vor dem Vorstand zur Verantwortung gezogen, erklärte der re. Reuter nach einigen heftigen Auslassungen seinen Austritt aus dem Verband. Nun, wir meinen ihm keine Ehre nach. — An Sitzungen im 1. Quartal 1899 wurden abgehalten: 10 der Ortsverwaltung, 1 kombinierte Sitzung mit dem Gauvorstand, 1 kurze Besprechung der Ortsverwaltung, 5 Mitgliederversammlungen, 1 Generalversammlung, außerdem in der Buchbinderbranche eine vom Gauvorstand zum 12. Januar einberufene Delegiertenversammlung, welche sich mit Vorschlägen zur Wahl der Vertrauenspersonen der Branche befaßte. Eine Branchenversammlung fand statt, in der Lorenz und Fräulein Agnes Pickett zu Vertrauenspersonen gewählt wurden, beide Personen legten aber nach kurzer Zeit, theils aus Gesundheitsrückichten, theils aus anderen Gründen, ihr Amt nieder. Werkstubeversammlungen fanden bei Metzsch, Glöner, Niedmann, Baumbach und wiederholt bei Bruer Nachfolger statt; es handelte sich um Wahlen von Vertrauenspersonen, vielfach aber auch um Abstellung von Mißständen, Nichtinnehaltung des Tarifs u. s. w. Eine interessante Werkstubeversammlung fand bei der Aktiengesellschaft vormals G. Frischke statt, wo der Herr Geschäftsführer Wübben, durch das Eingelassen unserer Zeitung in Harnisch gebracht, von den Kolleginnen und Kollegen verlangte, daselbe Wort für Wort zu widerrufen. Nun, er hatte damit kein Glück; es wurde durch geheime Abstimmung in der betreffenden Werkstubeversammlung mit allen gegen 1 Stimme diese Zumutung zurückgewiesen und ist bis heute seitens des Herrn W. auch wohlweislich kein Schritt zur Sache gethan worden. — In der Kuruspapierbranche fanden außer mehreren Delegiertenversammlungen, Werkstubeversammlungen bei Stange, Prager & Lohja und Hellriegel statt; es handelte sich hier hauptsächlich um Agitation und sind auch einige Aufnahmen zu verzeichnen.

In der Lederwarenbranche fanden 17 Werkstubeversammlungen, 2 Delegiertenversammlungen, 2 Morgenstunden (1 für Nordost und 1 für den Norden), sowie 1 öffentliche Versammlung statt. Letztere befaßte sich mit dem Streit bei Marshall. Hier sei gleich bemerkt, daß dieser Streit die Summe von 284,60 Mk. erforderte und mit der vollen Anerkennung der Forderungen unserer Kollegen endete. Differenzen waren ferner beizulegen bei Sommer, Helbrich und Borchardt Nachf. — In der Kontobuchbranche fanden mehrere Delegiertenversammlungen statt; Werkstubeversammlungen unter anderen bei Niesenstahl & Zumppe und bei Wöhlm, wo leider viele ältere Kollegen anderen Verbesserung anstrebenden Mitarbeitern ihre Unterstützung versagen, ja ihnen sogar entgegen arbeiten. — Kollege Bergmann bebauert es, daß in der Kartonbranche trotz aller Anstrengung keine Erfolge erzielt werden können, da alles an dem Indifferentismus der in der Branche Beschäftigten scheitert. Es ist dies um so bedauerlicher, als die Verhältnisse bei den Kartonarbeitern durchaus günstige sind, die Konjunktur ist stets eine gute und wäre ein Versuch zur Hebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von sicherem Erfolg getränkt.

Kollege Kemser giebt nun den Kassenbericht:

Generalkasse: Einnahmen: Eintrittsgelder 113,80 Mk., Beiträge 7002,85 Mk., zusammen 7116,65 Mk. Ausgaben: An Arbeitslosenunterstützung 1062,25 Mk., an auswärtige Vereinsmitglieder 9,75 Mk., an Gemäßregelunterstützung 224,60 Mk., 20 Prozent drückliche Ausgaben 1400,57 Mk., an die Verbandskasse 4392,48 Mk., ergibt wieder 7116,65 Mk. Lokalkasse: Einnahmen: 20 Prozent 1400,57 Mk., Bibliothek 71,20 Mk., Bestand 2600,60 Mk., zusammen 4072,37 Mk. Ausgaben: 1637,24 Mk., bleibt Bestand 2435,13 Mk. Abrechnung vom Vortragsabend bei Kellers: Einnahmen 378,40 Mk., Ausgaben 125,03 Mk., bleibt ein Ueberfluß von 253,37 Mk. Es haben noch abzurechnen Kollege Holzendorf mit

24 Billets und Mietze mit 1 Billet. Die Betreffenden werden um schleunige Abrechnung ersucht. Kollege Bergmann giebt den Bericht über den Arbeitsnachweis:

Table with 6 columns: Branchen, Arbeitslos gemeldet (männl., weibl.), Verlangt wurden (männl., weibl.), Eingestellt wurden (männl., weibl.). Rows include Buchbinderei, Leder- und Papiergalanteriebranche, Luxuspapierbranche, Kartonbranche, Diverse Branchen, and Zusammen.

Zur Aushilfe wurden verlangt: Bis zu 1 Tag 129 männliche, 2 weibliche Personen, bis zu 3 Tagen 2 männliche, 6 weibliche Personen, bis zu 8 Tagen 4 männliche, 5 weibliche Personen.

Kollege Hoffmann giebt den Bericht der Bibliothekskommission wie folgt: Einnahmen: Aus der Lokalkasse 63 Mt., Strafgebu u. s. w. 21,20 Mt., zusammen 84,20 Mt. Ausgaben: Neuanfassungen 51,10 Mt., Einbände 3,10 Mt., kleibt Bestand 30 Mt. Bücherbestand am 1. Januar 1899 680 Bände, neu angeschafft 24 Bände, vollständig geworden 8 Bände, geschenkt 6 Bände, Bestand am 1. April 1899 700 Bände.

Die Bibliothek wurde 440 Mal von männlichen, 156 Mal von weiblichen Mitgliedern benutzt. Ueber Mietzung von Räumen zu Bureauzwecken im zum 1. April 1900 fertig gestellten Gewerkschaftshaus berichtet Bergmann. Nach kurzer Diskussion, an der sich die Kollegen Scherwarth, Bytomski, Krause, Hoffmann und Andere beteiligten, giebt die Versammlung ihre Zustimmung zur Mietzung der Lokalitäten. Nach einer neuen Einschätzung der Berliner Gewerkschaftskommission hat die Zahlstelle statt wie bisher 80 Mt., 200 Mt. zu steuern; auch dieses wird von der Generalversammlung für gut gehalten. Kollege Woller stellt den Antrag, den Zahlstellenkassieren eine vierteljährliche Entschädigung von 3 Mt. zu gewähren, sämtliche Ausfälle an Geld oder Marken hat jedoch der Hilfskassier selbst zu tragen. Nach längerer Diskussion, an der sich hauptsächlich Kollege Krause als Gegner des Antrags ausdrückt, wird der Antrag bei großer Stimmenthaltung mit 28 gegen 27 Stimmen angenommen. Kollege Krause legt darauf sein Amt als Hilfskassier nieder und wird an seiner Stelle Kollege Gerhardt gewählt. Es wird ferner zur Wahl eines Vertrauensmanns für die Buchbinderbranche geschritten und Kollege Bytomski, nachdem er bestimmt erklärt hat anzunehmen, einstimmig gewählt; ferner werden zur Vertretung der Ortsverwaltung, weil dieselbe die Geschäfte der aufgelösten Vergütungskommission mit besorgt, noch zwei Beisitzer gewählt. Schluß der Generalversammlung 12 1/4 Uhr. G. C.

Aus Dresden geht der Redaktion folgende Berichtigung zu:

Wie aus Nr. 16 Ihrer werthen Fachschrift ersichtlich ist, hat in der am 8. April ds. Js. in Dresden stattgehabten Buchbinderversammlung Herr Wenghöfer eine Annonce unserer Firma kritisiert. Zur Klärung der Angelegenheit lassen wir den Wortlaut des Inserats folgen:

„Eine perfekte Balancier-Arbeiterin, welche im Matrizenmachen, sowie Einrichten der Maschinen geübt ist, suchen gegen hohen Lohn

Trips & Rit.“

Anscheinend hat Herr Wenghöfer den Wortlaut der vorliegenden Annonce nicht genau genommen, denn sonst hätte er als Fachmann unbedingt wissen müssen, daß man bei Bedienung einer Balancierpresse fast in derselben Haltung arbeitet, als an einem Tische stehend, füglich von einer Verletzung der Sittlichkeit absolut keine Rede sein kann! — Obgleich Genannter vorläufig genug war, nicht die Behauptung aufzustellen, daß in unserer Firma zur Herstellung von Matrizen weibliche Arbeiter an Bergoldepresen, die durch Hebelvorrichtungen gehandhabt werden, Verwendung finden, so kann doch aus der unlogischen Schlussfolgerung des Herrn Wenghöfer jeder Late herausfühlen, daß in unserer Fabrik berartige Mißstände beständen, was jedoch keineswegs der Fall ist. Hochachtung

Trips & Rit.

Rundschau.

\* Der Verwaltungsbericht des Arbeitersekretariats Nürnberg für das Jahr 1898 ist in stattlichem Umfang erschienen. Dem Bericht entnehmen wir, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr 13 958 Personen Rath und Auskunft beim Sekretariat eingeholt; diese verteilen sich auf 10 079 männliche Arbeiter, 2586 weibliche Arbeiter, Frauen oder Arbeiterinnen, sowie 1240 nicht der Arbeiterklasse Angehörnde. Von den Besuchern waren gewerkschaftlich organisiert 5250, darunter befanden sich 69 Mitglieder unseres Verbandes. Durch mündliche Auskunft wurden 11 074 = 81,47 Prozent, durch schriftlichen Bescheid 1390 = 10,23 Prozent der vorgebrachten Gegenstände erledigt. Endgiltig erledigt wurden 94,90 Prozent aller anhängig gemachten Gegenstände. — Wir ersehen hieraus, wie außerordentlich nützlich dieses Institut wirkt und wie populär es sich in den wenigen Jahren seines Bestehens durch seine Nützlichkeit gemacht hat. Seit 1. Januar 1899 ist dem Arbeitersekretariat eine weitere Ausdehnung gegeben worden durch Errichtung einer eigenen sozialpolitischen und sozialstatistischen Abteilung, zu deren Leitung Dr. Adolf Braun berufen wurde.

\* Die christlichen Gewerkschaften wollen Heerschau halten. Ein erster Kongreß soll zu Pfingsten in Mainz zusammen treten, um sich mit den Grundprinzipien, Einrichtungen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften zu beschäftigen und ein einheitliches Vorgehen anzubahnen. — Das einheitliche Vorgehen ist jedenfalls so gedacht, den Gewerkschaften ohne religiöse Tendenz, wenn es irgend geht, das Wasser abgraben zu wollen; denn ein ernstliches Vorgehen für Verkürzung der Arbeitszeit oder für höhere Löhne ist ja von dieser Seite nicht ernstlich zu erwarten, das zeigte sich wieder beim Sammetwebereiausschuss in Krefeld. — Nur Vertreter oder auch Ehrenräthe (also die Kapläne zc.) der christlichen Gewerkschaften, Fachvereine und Fachsektionen Deutschlands sollen zum Kongreß zugelassen werden. An Referaten sind vorgesehen: Charakter der christlichen Gewerkschaften, Umfang und Einrichtungen derselben, Aufgaben derselben, Mittel zur Durchführung der Aufgaben, Taktik.

\* Dem soeben erschienenen Jahresbericht des Arbeiterbildungsvereins „Eintracht“ in Zürich über seine Thätigkeit im Jahre 1898 entnehmen wir folgende Einzelheiten: Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 950. Der Nationalität nach verteilen sich die im Laufe des Jahres im Verein vertretenden Mitglieder folgendermaßen: Deutschland 1128, Oesterreich 156, Schweiz 88, Dänemark 12, Rußland 10, Schweden 6, Italien 3, Serbien 3, Frankreich 2, Amerika, Bulgarien, Holland je 1. Von den Deutschen entfallen auf die einzelnen Staaten: Württemberg 342, Preußen 262, Baden 169, Bayern 118, Sachsen 116, Thüringen 27, Hessen 22, Hamburg 16, Elsaß 13, Mecklenburg 13, Braunschweig 9, Bremen 7, Oldenburg 5, Lübeck 4, Walde 4. Von den 110 Berufszweigen, welche im Verein vertreten waren, zählten die Schneider 294, Schuhmacher 126, Maler 116, Schlosser 90, Schneider 85, Buchbinder 69, Spengler 60, Tapezierer 57, Zimmerer 36, Glaser 33, Schriftsetzer 31 u. s. w. Vorträge fanden 14, Diskussionsabende 20 statt. Die Bibliothek enthält 1373 Bände. Im Lesezimmer liegen 58 verschiedene Zeitungen auf. An Unterstützungen für Wahlen, Streiks und an durchreisende Genossen wurden die Summen von 1212,15 Fr. verausgabt. An Festlichkeiten fanden 1 Konzert der Gesangssektion, 2 Abendunterhaltungen, 1 Kinderweihnachtsfeier und 1 Sylvesterfeier statt. Die Kasseneinnahmen betragen 14733,54 Fr., die Ausgaben 14522,07 Fr., Ueberschuß 211,47 Fr. In verschiedenen Anstalten und Geschäften haben die Mitglieder Begünstigung. Der Verein besitzt eine Krankenkasse, bei der im Berichtsjahre 188 Krankheitsfälle vorkamen, die sich auf 3942 Krankheitstage verteilen und mit 6642 Fr. unterstützt wurden. Der Reservefonds beträgt 8063,25 Fr. Die Gesangssektion zählte 97 Mitglieder. An den Unterstützungsclubs des Langklubs nahmen durchschnittlich 27 Herren und 22 Damen theil. — Die Speisefassoziation gab durchschnittlich an 200 Mitglieder eine gesunde, nahrhafte Kost ab. Die Einnahmen betragen 99352,16 Fr., die Ausgaben 98600,06 Fr. Seit dem Jahre 1860, wo diese Sektion gegründet wurde, bis zum Schlusse des Berichtsjahres, betragen die Einnahmen 2242678,75 Fr. Zum Schlusse spricht der Bericht allen Freunden und Gönnern des Vereins für das bewiesene Wohlwollen den Dank aus und bittet um fernere Sympathie.

Verchiedenes.

— Die Zahl der Worte in den verschiedenen Sprachen. Die englische Sprache ist nach statistischen Untersuchungen unter den europäischen Sprachen die wortreichste, und zwar hatte sich die Zahl ihrer Worte in der letzten Hälfte unseres Jahrhunderts in ganz erstaunlichem Grade vermehrt. Die neuesten Wörterbücher, unter denen das Drforder von Dr. Murray das bedeutendste ist, enthalten insgesamt nicht weniger als 260 000 verschiedene Worte. An zweiter Stelle steht die deutsche Sprache mit 80 000 Worten. Dann folgen die italienische mit 45 000 Worten, die französische mit 30 000 und die spanische mit 20 000 Worten. Unter den orientalischen Sprachen ist das Arabische die umfangreichste und übertrifft an Wortzahl auch das Englische noch ganz bedeutend. Die Chinesen besitzen etwa 10 000 Silbenzeichen, die zu 49 000 Worten zusammengesetzt werden. Eine außerordentlich wortreiche Sprache ist auch das Tamil, die Sprache der altindischen Bevölkerung der Dravidas, die jetzt nur noch in Südindien gesprochen wird und nach den letzten Zählungen über 67 642 Worte verfügt. Das Türkische mit 22530 Worten ist immerhin noch reicher als manche europäische Sprache, z. B. als das Spanische. Auf den Hawaii-Inseln gebietet der Dialekt der Eingeborenen immerhin noch über 15 500 Worte. Sehr arm sind dagegen die Sprachen der meisten Naturvölker. Die Kaffernstämme Südafrikas haben nur etwa 8000 Worte zur Verfügung, die Eingeborenen von Australien gar nur 2000 Worte.

Gesundheitspflege.

Mittel gegen Zahnschmerzen. Gegen rheumatisches Zahnweh und Schmerzen in den hohen Zähnen ist besonders Natron und seine Verbindungen von guter Wirkung. Von Glaubersalz, doppeltkohlensaurem Natron, Chlorsilber oder Borax löst man eine Messerspitze voll in einer Overtasse Wasser auf und nimmt davon anfangs alle halbe Stunden einen Schluck in den Mund und läßt den kranken Zahn damit in Berührung kommen. Gebraucht man eines von diesen Salzen in der angegebenen Weise, so wird der Zahnschmerz bald nachlassen und in 1—2 Tagen vollständig verschwinden. Auch Boräure, welche man aus borsaurem Natron gewinnt, wird gleichfalls gegen Zahnweh angewandt. Man löst ebenfalls eine Messerspitze voll Boräure in warmem Wasser auf und nimmt von dieser Mischung in den Mund. Nur in seltenen Fällen soll es nötig werden, das Mittel zu wiederholen.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieß Verlag), erscheint in wöchentlichen Hefen à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mt.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 32.

„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. Zugleich Organ des Verbandes deutscher Gewerkschaften. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mt. Erschienen ist Nr. 31.

Die im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin in Wochenheften à 10 Pf. erscheinende, sehr empfehlenswerte illustrierte Romanbibliothek „In Freien Stunden“ veröffentlicht in ihrem dritten Jahrgang den spannenden Roman: „Die Töchter des Silbens“. Jedes Heft bringt 24 Seiten Romanentwurf mit Illustrationen und 2 Seiten kleines Feuilleton, sowie kulturhistorische und humoristische Notizen unter der Rubrik „Dies und Jenes“ und „Wiß und Scherz“. Heft 15 bis 18 enthalten im Kleinen Feuilleton novellistische Skizzen: „Ein Weiberstaat“, „Ein unterirdisches Bot“, „Wie alt werden die Vögel“, „Ein Rebellenführer“.

„Die Kirche im Dienste des Unternehmertums.“ Eine Streitschrift gegen den christlich-sozialen Arbeitertag. Von Richard Calver. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Beuthstraße 2. Preis 10 Pf. Für Massenverbreitung bestimmte Agitationsausgabe 100 Stück 6 Mt., 500 Stück 20 Mt., 1000 Stück 30 Mt. Diese Broschüre ist gegen die unter dem Titel: „Arbeiterkatechismus für christlich-soziale Arbeiter“ erschienene Schmähschrift des Pastors Gräbentisch in Hofenbürgen gerichtet. Sie erörtert in gemeinverständlich Weise in fünf Kapiteln die Fragen: „Die Kirche und die soziale Frage“ — „Warum organisieren sich die Arbeiter?“ — „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“ — „Die christlichen Sonderorganisationen“ — „Die Kräfte im Dienste des Unternehmertums“ und legt schlagend die wahre Absicht der christlich-sozialen Propaganda dar: durch die konfessionellen Sonderorganisationen die Organisationsbestrebung der Arbeiter und ihre Kämpfe zur Besserung ihrer Klaffenlage lahmzulegen, im Interesse und zum Vortheile der Unternehmertumsklasse.

**Der Bltt-Fahrplan** von Greiner & Pfeiffer in Stuttgart für das Sommerhalbjahr ist zum Preise von 15 Pf. zur Ausgabe gelangt. Die Einrichtung des für Württemberg geltenden Fahrplanes ist noch praktischer als bisher. Auf der ersten Seite sind sämtliche Bahnlinien angegeben und dieses Verzeichnis nach der Reihenfolge mit Nummern versehen. An der vorderen Längsseite des Heftes sind nun Ausschnitte gleich den an Geschäftsblättern enthalteneu Registern angebracht, auf denen die Nummern wie jeweils beim Verzeichnis auf der ersten Seite aufgedruckt ist. Hierdurch ist es möglich, sofort die Linie aufzufinden, die nachgesehen werden will. Der Inhalt des 52 Seiten starken und gut handlichen Taschenfahrplans ist gegen bisher vermehrt mit dem Stuttgarter Straßenfahrplan, mit Kalender, Droschkentarif, Angaben von Sehenswürdigkeiten etc.

**Briefkasten.**

**D. R.** Der von der Organisation in Berlin vereinbarte Minimallohn beträgt 21 Mk. Wenn durch die Statistik daselbst noch ein Wochenlohn von 13 Mk. aufgefunden wurde, so ist das ein vereinzelter Fall, den keine Zunft gegen uns auszuspielen kann. Vielleicht ist dieser Lohn sogar bei einem Zunftmann gefunden worden. Unsere Mitglieder werden bei Vereinbarung des Lohnes mit den Zünften die benötigte Nachricht geben. Zurückgestellt für nächste Nummer müssen werden: Zwei Artikel betreffend die Freie Hilfskassa, und Berichte aus Hamburg, Braunschweig, Leipzig und Nürnberg.

**Abänderungen im Adressenverzeichnis.**

**Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.**  
Berlin. (Adressen der Vertrauenspersonen: Buchbinder-ei: Franz Bytomski, S., Stallschreiberstraße 52 v. III I.)

**Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungsauszahler.**  
Nürnberg. **Z.A.** Restauration „Schottentloster“, Schottengasse; Abends 8-9 Uhr. An Sonn- und Festtagen Mittags von 1-2 Uhr.  
**H.** Restauration „Schottentloster“, Schottengasse.

**Berlin.**

An alle in der Buchbinderbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen!  
Die letzte Generalversammlung wählte Unterzeichneten wieder zum Vertrauensmann. Es sind hiermit alle Angelegenheiten, welche die Buchbinderei betreffen, als wie Nichtbezahlung des Tarifs, Ueberschreitung der Gewerbeordnung u. s. w. dem Vertrauensmann mitzutheilen.

Kollegen und Kolleginnen! Die augenblickliche Lage in unserer Branche zwingt uns zu einer eifrigen Agitation für die Organisation. Eine starke Organisation müssen wir hier am Orte besitzen, wenn wir die Erfolge der letzten Lohnbewegung nicht in Frage stellen wollen. Es haben zum Ausbau der Organisation nicht blos die Erwählten ihre Pflicht zu thun, sondern jeder Kollege und jede Kollegin hat dafür Sorge zu tragen. Schon so oft ist die Wichtigkeit und Nothwendigkeit des Werkstudenbeglirtens-Systems betont worden, es wird aber leider in dieser Beziehung viel gesündigt. Jede Werkstube, und sei sie noch so klein, muß mit dem Branchen-Vertrauensmann Fühlung besitzen. Jeder soll und muß dafür Sorge tragen, daß in allen Werkstuden Delegirte existiren.

Es wird hiermit dringend ersucht, die nächste Werkstudenbeglirtens-Sitzung zahlreich zu besuchen. Jede Werkstube muß vertreten sein.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag den 9. Mai, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Im Schultzei“ (früher Restaurant zur Neuen Post), Beuthstraße Nr. 24, statt.

Mit kollegialem Gruß  
Franz Bytomski,  
Stallschreiberstraße Nr. 52, v. III. I.

Zur gefl. Beachtung! Für die laufende Nummer bestimmte Einsendungen sollen spätestens Dienstag Mittag der Redaktion zugegangen sein. Nur Annoncen können noch bis Mittwoch früh Berücksichtigung finden.

**Anzeigen.**

**Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verw. Geschäftszweige.**  
198] [1.40  
**Verwaltungsstelle Dresden.**  
Am 13. April verstarb unser Mitglied  
**Arthur Liebscher**  
aus Dresden im Alter von 35 Jahren.  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Federgalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.**

**Zahlstelle Berlin.**  
Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am  
**Dienstag den 16. Mai,**  
Abends 8 1/2 Uhr bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, statt.  
**Der Bevollmächtigte.**  
Die Bilets vom Stiftungsfest sind schnelligst abzurechnen.

**Montag den 22. Mai (2. Pfingstfeiertag)**  
**Ausflug**  
nach **Hessenwinkel am Dämervik-See.**  
Abfahrt früh 6,38 und 7,11 Uhr vom Schleifchen Bahnhof.  
Fahrt bis Neu-Rahnsdorf.  
Von dort aus zu Fuß nach dem prachtvoll am Wald und Wasser gelegenen „**Gesellschaftshaus Hessenwinkel**“.  
**Tanz. — Spiele im Walde u. s. w.**  
Karten à 25 Pf., welche zum Tanz und zur Theilnahme an allen Spielen berechtigen, werden sofort nach dem Eintreffen in „**Hessenwinkel**“ ausgegeben.  
Letzter Zug von Neu-Rahnsdorf Abends 11,41 Uhr.  
Um zahlreiche Theilnehmung ersucht [3.30  
199] **Die Ortsverwaltung.**

**Gemüthliches Kaffeekochen.**  
Karten à 25 Pf., welche zum Tanz und zur Theilnahme an allen Spielen berechtigen, werden sofort nach dem Eintreffen in „**Hessenwinkel**“ ausgegeben.  
Letzter Zug von Neu-Rahnsdorf Abends 11,41 Uhr.  
Um zahlreiche Theilnehmung ersucht [3.30  
199] **Die Ortsverwaltung.**

**Stuttgart.**  
Am **Himmelfahrtsfest** (Donnerstag den 11. Mai) findet ein gemeinschaftlicher [3.20  
**Familien-Frühausflug**  
über Hasenberg nach Baihingen in die „**Linde**“ mit Begleitung einer Musikkapelle statt. Abgang Morgens 7 Uhr vom Feuersee (Wetterhäuschen). Gemeinamer Rückgang Mittags 1 Uhr. Für Kinderpiele in Baihingen ist Vororge getroffen.  
Die verehrlichen Mitglieder mit ihren Familienangehörigen sind zu vollständiger Theilnehmung freundschaftlich eingeladen.  
203] **der Zahlstelle und des Buchbinder-Männerchors.**

**Bilderglas** [2.00  
**für Einrahmezwecke**  
liefern in bester Qualität und zu billigsten Preisen  
**Ridinger & Ochs,**  
Frankfurt a. Main.  
204a]

**Zentralherberge u. Arbeitsnachweis**  
der  
**Vereinigten Gewerkschaften Geras**  
befindet sich nur im  
Gasthaus „**Zur kühlen Quelle**“, Bäwegasse 6.

**„Zum Gutenberg“ Leipzig, Johannsgasse 19.**  
Guter bürgerlicher Mittagstisch, reichhaltige Stammlarte, ff. Lagerbier 2 Glas 25 Pf., echt Bayerisches à 15 Pf., Gesellschaftszimmer. 205] [1.00 **Joh. Rohm.**

**Achtung! Achtung!**  
**Zahlstelle Nürnberg.**  
Wir machen hiermit die hiesigen, sowie die zureisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß unser **Versammlungslokal** nebst **Herberge** und **Arbeitsnachweis** in die **Wirtshaus** [2.90

**„Zum Schottentloster“**,  
Schottengasse,  
verlegt worden ist und wollen die Kollegen dies gefälligst beachten.  
Die nächste Versammlung, verbunden mit Einweihung des neuen Lokals, findet am 13. Mai daselbst statt. Auf der Tagesordnung steht:  
1. Vortrag des Marmorlehrers Herrn **Josef Hauptmann** aus Gera.  
2. Antrag auf **Abhaltung eines Sautags**.  
3. **Gewerkschaftstaktell** und eventuell **Wahl** von zwei Delegirten zu demselben.  
4. **Fragekasten, Verschidenes**.  
Zu recht vollständiger Erscheinung laden ein  
200] **Die Verwaltung.**

**Leipzig.**  
Sonnabend den 13. Mai, Abends 8 Uhr, im Restaurant „**Johannisthal**“, Hospitalstraße 22 I  
**Öffentliche Versammlung.**  
181] **Tagesordnung:** [1.30  
1. Vortrag.  
2. **Gewerkschaftliches**.  
3. **Diskussion.**  
**Der Einberufer.**

**Jenny Arndt**  
**Jósci Fryschatzki**  
Verlobte. [0.50  
201] **Berlin, 1. Mai 1899.**

**Dritte, veränderte Auflage!**  
**Scherms Reisehandbuch**  
202] **für wandernde Arbeiter.** [1.60  
(Auch Tourenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reisetouren. 1 Eisenbahn- u. 2 Strassenkarten. Gebunden 1,50 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und **J. Scherm, Nürnberg.**

**Stuttgart.**  
Am **Himmelfahrtsfest** (Donnerstag den 11. Mai) findet ein gemeinschaftlicher [3.20  
**Familien-Frühausflug**  
über Hasenberg nach Baihingen in die „**Linde**“ mit Begleitung einer Musikkapelle statt. Abgang Morgens 7 Uhr vom Feuersee (Wetterhäuschen). Gemeinamer Rückgang Mittags 1 Uhr. Für Kinderpiele in Baihingen ist Vororge getroffen.  
Die verehrlichen Mitglieder mit ihren Familienangehörigen sind zu vollständiger Theilnehmung freundschaftlich eingeladen.  
203] **der Zahlstelle und des Buchbinder-Männerchors.**

1 **Preßergolder,**  
1 **Goldschnittmacher,**  
2 **Beschneider und Marmorierer**  
gegen guten Lohn auf dauernde Beschäftigung gesucht. Es wollen sich nur solche Bewerber melden, welche auf Gebetbücher eingearbeitet sind. [2.20

**A. Laumannsche Buchhandlung,**  
206] **Dülmen i. W.**

**F** in anständiger Kollege findet bei mir nettes freundliches **Logis.** [0.40  
207] **S. Schramm, Leipzig-Neudöb,**  
**Augustienstraße 5 II.**

**Werkzeug ist Werkzeug**  
glaubte ich früher, als ich die von **F. Klement** Leipzig gefertigten noch nicht kannte. 208] [1.00